



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1908

100 (28.2.1908) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-332543](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-332543)

General-Anzeiger



Abonnement

70 Pfennig monatlich, halbjährlich 3.50, jährlich 6.50, durch den Post bez. incl. Postzuschlag 2.40 pro Quartal, Einzelnummer 5 Pfg.

(Badische Volkszeitung)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt)

Telegraphen-Adresse:

„Journal Mannheim“

Telefon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1449

Drucker-Druckerei (Mannheimer Druckerei) 841

Redaktion 877

Expedition und Verlagsbuchhandlung 919

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Täglich 2 Ausgaben

(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbureaus

in Berlin und Karlsruhe.

Inserate:

Die Kolonnenzeile . . . 25 Pfg.

Kurzdrucke 3/4 Zeile . . . 30

Die Retenanzzeile . . . 1 Mark

Gefestete und verbreitetste Zeitung

in Mannheim und Umgebung.

Schluss der Inseraten-Nachnahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 100.

Freitag, 28. Februar 1908.

(Abendblatt.)

Sozialistische Unerfahrenheit.

Im Großherzogtum Oldenburg haben sich Regierung und Landtag dahin geeinigt, daß das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht künftighin bei den Landtagswahlen Anwendung finden soll. Bei den letzten allgemeinen Reichstagswahlen haben die Sozialdemokraten in den drei Reichstagswahlkreisen des Großherzogtums Oldenburg von den 80 000 abgegebenen Stimmen 21 600 Stimmen erhalten, also nicht viel mehr als ein Viertel aller Stimmen. Die Gefahr einer sozialistischen Mehrheit im Oldenburger Landtage ist also auch nach Einführung des Reichstagswahlrechts viel geringer als etwa im Königreich Sachsen oder in den thüringischen Kleinstaaten; Oldenburg konnte sich demnach also auch ohne besondere Beforgnis für die Einführung des Reichstagswahlrechts entscheiden.

Wie dem auch sei — man sollte meinen, die Sozialdemokratie müßte sehr erfreut sein, in Oldenburg erreicht zu haben, was sie für Sachsen und Preußen vergeblich anstrebt. Weit gefehlt, der „Vorwärts“ kämpft in einem langen Leitartikel, auf den wir schon kurz eingingen, wie ein Rohrspatz auf Regierung und Landtag und besonders schlecht kommen dabei wie immer die Freisinnigen weg, die den schönen Titel „Veterrasten“ bekommen und denen „traffe spießbürgerliche Rücksichtigkeit“ vorgeworfen wird.

Worin besteht nun die spießbürgerliche Rücksichtigkeit des Freisinn, der andern bürgerlichen Parteien des Landtags und der Regierung? Erstens darin, daß das Wahlrecht an die Voraussetzung eines längeren Aufenthaltes im Lande geknüpft ist, zweitens, daß das Wahlalter nicht von 25 auf 21 Jahre herabgesetzt wurde und drittens, daß den Frauen nicht das Wahlrecht gewährt werden soll.

Daß ein längerer Aufenthalt im Lande die Voraussetzung des Wahlrechts sein soll, ist sachlich völlig berechtigt. Die Einzelhandlanger haben sich in viel höherem Maße als der Reichstag mit speziellen, eine gute Kenntnis der wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Zustände des Landes voraussetzenden Fragen zu befassen. Diese Kenntnis kommt keinem, der in das Land einwandert, angefliegen. Die „Genossen“ machen es sich ja freilich bequem, indem sie alles, was nicht ihrem Programm entspricht, ablehnen. Wenn man beispielsweise einen Etat von vornherein abzulehnen entschlossen ist, so hat man freilich nicht nötig, ihn zu studieren. Andere Leute aber sind gewissenhafter, und es entspricht dem Wesen und den Erfordernissen des Staats, daß das Wahlrecht die Gewissenhaftigkeit und die Kenntnis, nicht aber die Leichtfertigkeit und die Unkenntnis zur Voraussetzung hat.

Was die Altersgrenze von 25 Jahren anlangt, so ist allmählich durch die längere Dauer des Schulunterrichts und durch die größeren Ansprüche, die der Einzelne, auch der Arbeiter, an die Lebenshaltung stellt, die Zeit zur Erlangung wirtschaftlicher Selbstständigkeit und die Begründung der Familie herausgeschraubt worden. Die Mannbarkeit im vollen — nicht also im geschlechtlichen — Sinne tritt heute später ein, als zu der Zeit, wo den deutschen Einzelstaaten Verfassungen

gegeben wurden. Demnach wäre es eher richtig, die damals festgesetzten Altersgrenzen heraufzusetzen, als sie herabzusetzen. Wer die minderereife Jugend mit dem Wahlrecht beglücken will, der scheint zu glauben, daß er bei ihr bessere Geschäfte machen kann, als bei den Altersklassen mit größerer Lebenserfahrung.

Und nun das Wahlrecht der Frauen! England, das seit Jahrhunderten, Frankreich, das seit länger als einem Jahrhundert, andere Länder, die ebenfalls schon seit langer Zeit parlamentarische Vertretungen besitzen, haben den Frauen das Wahlrecht noch nicht eingeräumt und es werden es, wie die Verpötlung der Agitation der „Suffragettes“ der Vorkämpferinnen des Frauenwahlrechts in England, zeigt, auch in absehbarer Zukunft nicht tun. Und da sollten die fast durchweg seit kaum länger als einem halben Jahrhundert konstitutionell regierten Einzelstaaten als erste den gefährlichen Versuch machen, da sollten sie sozusagen das parlamentarische Versuchskaninchen Europas sein? Es beweist nicht die „Versteinigung“ der bürgerlichen Abgeordneten Oldenburgs, wenn sie diese Zumutung ablehnen, sondern es beweist nur die grenzenlose Annahme der Sozialdemokratie, wenn sie in demselben Augenblicke, wo ihr das Reichstagswahlrecht gewährt wird, schon wieder etwas Darüberhinausgehendes verlangt.

Dieses Beispiel sozialistischer Unerfahrenheit ist aber eine recht nützliche Lehre für diejenigen bürgerlichen Kreise, die „um des lieben Friedens willen“ der Sozialdemokratie in Preußen, Sachsen usw. das allgemeine Wahlrecht zugestehen möchten. Damit würde der Friede noch lange nicht hergestellt sein, denn die Sozialdemokratie würde erst dann zufrieden sein, wenn sie alle ihre Wünsche und damit ihre letzten Ziele erreicht hätte. Ihr dies zu erleichtern, scheint uns nicht Aufgabe des deutschen Bürgeriums zu sein.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 28. Februar 1908.

Ein Rotzfrei über die gewerbliche Arbeiter-schulung in Deutschland.

den die „Werkstatte“ veröffentlicht, verdient ernsthafte Beachtung, um so mehr als die hier berührten Mängel nicht die einzigen in der Erziehung unserer jugendlichen Arbeiter sind. Dem deutschen Fabrikanten wird heute durch widrige Zustände die Heranbildung eines feinen Arbeitermaterials verweigert. Es ist so weit gekommen, daß viele Fabrikanten Lehrlinge überhaupt nicht mehr ausbilden. Der jugendliche Arbeiter (der Halbarbeiter) ist zum Teil an ihre Stelle getreten. Welch ein unzulänglicher Ersatz! Der Halbarbeiter wird zunächst nur zu leichter Arbeit herangezogen. Sehr bald fühlt er sich nicht mehr als Lernender, als einer, der noch legend einer Unter- oder gar einer Zurechtweisung bedarf. Er fühlt sich unter Verleugnung jedesdenfallsigen und Altersunterschiedes in seinem eignen Geschäftsbereich als selbstständiger Arbeiter, der es als ein höchendes Anrecht empfindet, daß seine Arbeit, dieselbe Arbeit, die andere ausüben, mit anderem Maßstab

entloht wird. Und in dieser von anderer Seite geschätzten Stimmung trachtet er, bei der ersten Gelegenheit der ersten Arbeitshilfe den Rücken zu kehren, um anderwärts mit hoher Lohnforderung als vollberechtigter Arbeiter aufzutreten.

Die „Soziale Praxis“ bemerkt dazu:

Es liegt zwar in erster Linie wohl an der betriebstechnischen Verfassung der neuzeitlichen Industrie mit ihrem teilschen maschinellen Apparat, daß mehr und mehr spezialistische Teilarbeiter aus ungeschulten, billigeren Arbeitkräften herangezogen werden; zum guten Teile liegt es aber auch an der Interesslosigkeit sowie an der Armut der Eltern, daß sie ihre Jungen nicht zu einer geordneten, das Gewerbe gründlich umfassenden Lehre anhalten. Der „geleitete“ Arbeiter tritt in der Industrie hinter dem „angeleiteten“ zurück. Das bedeutet fürs ganze einen Rückgang unserer handwerklichen Tätigkeit und auf die Dauer eine Schwächung der Volkswirtschaft und mit der Heranbildung von Lehrlingen im Handwerk sieht es leider hier und da noch schlimmer aus als in den Fabriken.

Urges Unstimmigkeiten im sozialdemokratischen Lager

traten am Mittwoch aus Anlaß der Generalversammlungen der sozialdemokratischen Wahlvereine in den Berliner Wahlkreisen zutage. Im 6. Kreise gerieten Ledebour und Schippel, die beide über „Kolonialpolitik“ referierten, hart aneinander, wobei die Mehrzahl der Redner dem radikalen Heißsporn Ledebour gegen seinen revisionistischen Gegner beistimmte. Der Vorsitzende Eugen Ernst wollte anfangs Schippel das Schlusswort verweigern und warf ihm „Parteilichkeit und Ungehörigkeit“ vor. Die Versammlung verhielt, im Gegensatz zum Vorstände, Schippel zu seinem Recht und gab ihm das Schlusswort, aber nun — verzichtete dieser und nahm erst von neuem das Wort, als ihn Ledebour abermals provoziert hatte. Schippel wies klar und klar nach, daß die ganze offizielle sozialdemokratische Kolonialpolitik auf Unkenntnis und Voreingenommenheit beruhe und eine „theoretische Spielerei“ sei. Wollte man die deutsche Textilindustrie erweitern, woran doch die Arbeiter gewiß ein Interesse hätten, so müsse man Baumwolle bauen, und das sei nur in Kolonien möglich, in der Sinesburger Heide könne man weder Baumwolle, noch Kaffee oder Kautschuk wachsen lassen. Was schimpfte die europäischen Kolonialfabriken „blutdürstige Bestien“ und habe für die blutige Grausamkeit der Eingeborenen kein Wort des Tadelns. Als Kronzeugen für die Brutalität der Wilden führte Schippel Ledebour selbst an, dem er einen von diesem im Jahre 1900 geschriebenen Artikel über Zulugrausamkeit vorhielt, worauf Herr Ledebour nichts anderes zu erwidern wußte, als Heretos seien noch lange keine Zulus. Er beschuldigte schließlich seinen früheren Fraktionsgenossen der Bedrückung und meinte, an Schippel könnte Dernburg seine Freude haben.

Am 4. Wahlkreise wurde gegen den Rat des Vorstandes die Einschränkung der Rechte der Prekommission, bez. Festlegung der Gültigkeit der „Vorwärts“-Redakteure, beschlossen und diese der Beschlußfassung der organisierten Parteigenossen vorbehalten. Ein Antrag durch Prekommission und Vorstandungen in Zukunft mehr Aufklärung über die Idee des Massenstreiks und des Antimilitarismus zu

Karlsruher Brief.

(Von unserem Karlsruher Bureau.)

Karlsruhe, 26. Febr.

(Hochtheater — Karnavalistische Veranstaltungen — Arbeiter-Diskussions-Klub).

Unser Hochtheater leidet augenblicklich unter dem Einfluß der Influenza, die hier ziemlich stark ausgebreitet und ihre Opfer in der Oper wie dem Schauspiel gefunden hat. Das hat unliebsame Repertoireveränderungen notwendig gemacht. Die letzten Tage brachte uns eine Neuinszenierung von Grillparzer's „Sappho“, die leider einen wenig künstlerischen Verlauf nahm. Die Titelrolle lag in den Händen von Marie Frauendorfer, die mit ihrer Durchführung derselben recht eindrucklich dazugewirkt hat, daß sie eine Vertreterin einer Heldinnen ist, die selbst in der Leidenschaft das Maß der Schamheit wahren und deren Rede selbst im Horn noch Wohlklang atmet. Das Grillparzer'sche Drama zeigt uns die „Tragik der Verhältnisse“, die davon abhingt, andere als rein menschliche Begierden und Leidenschaften ins Spiel zu setzen, dagegen Konflikt und Katastrophe aus den natürlichen Eigenschaften verschiedenartiger Personen und deren Zusammenstößen und naturnotwendiges Einmischen aufeinander in florier, logischer Weise herleitet — es sind nur natürliche Empfindungen der Liebe, welche das tragische Schicksal der Sappho bestimmen. Alle Personen stehen im Banne eines hohen sittlichen Ideals, dessen Gesetze sie im Drange der Leidenschaften wohl verletzen können, zu dessen Anerkennung sie aber sämtlich zurückkehren. Der Darstellerin der Sappho fehlte so ziemlich Alles, um den eigenartigen Charakter der größten Dichterin des Altertums zur Erscheinung zu bringen, ihr fehlte ebenso der Adel und Ausdruck der Gebärden und die plastische Schönheit der Pose — die Darstellerin war platt in den Bewegungen und fast brutal in der Sprache. Herr Schejranek schmeckte auf dem Setiel als verantwortlicher Regisseur, die

Qualität der Aufführungen scheint ihm jetzt gleichgültig zu werden, da ihm auf Ablauf der Spielzeit gefündigt ist. Herr Brühl war in der Rolle des Phäon nicht übel, er sprach zu Anfang mit einer gewissen Mattigkeit, entwickelte sich aber bald zum Besten; besonders die Szenen, in denen er weltentzückt seiner selbst vergessen, der Parität gegenüberstand, war er von darstellerischer Bedeutung. Er ist eine junge, vielversprechende Arols. Frau Czerny spielte die Melitta im Geist der Rolle und fand auch die weichen Töne der süßlich kammenden Schamlosigkeit und des ersten kalten Liebeschmorns. Vortrefflich war Herr Wambach als Phäon und Frau Pix eine geschäftige Eucharis. Aus den Eingang hervorgehobenen Gründen war der Gesamtindruck der Aufführung ein unangünstiger. — Die karnevalistischen Veranstaltungen haben im Allgemeinen ihren Höhepunkt erreicht mit der am letzten Sonntag festgehaltenen zweiten großen Damenführung der „Großen Karnavalgesellschaft Karlsruher“, die die Festhalle mit männlichen Männlein und Weiblein bis auf den letzten Platz gefüllt hatte. Seitdem der Karlsruher Post Romeo und jetzt Kalla als Präsident des Eiferrotts jungiert, dem mit Humor und Witz G. Mathes zur Seite steht, hat das karnevalistische Treiben in der Reibung die humorvollen, gesund-wichtigen Bahnen gefunden und sich von der Qualität der Straße, die so vielfach leider als Vertreter des Humors glauben ausgeben zu sollen, abgewandt, sehr im Interesse der Hebung des Karnavals, an dem sich jetzt auch die besten Stände beteiligen. Die zweite Damenführung brachte witzige Blüten, und neben dem Geschäftstarif bildete der Dachstuhlbrand in der „Badischen Presse“, bei dem die Feuerwehr ihr Hauptkommen mit der vergrößerten Anwendung des Brandes einschuldigte, den Hauptgegenstand der satirischen Erörterungen. Es wurde auch energisch bemerkt, daß die Entstehung des Brandes auf „kurzen Entschluß“ zurückzuführen sei, sondern auf „kurzen Entschluß“, was übrigens den Präsidenten des Eiferrotts nicht abhalten konnte, dem Chefredakteur der „Badischen Presse“, Herzog, den „Petroleumworten am Bändelband“ zu überreichen;

für welchen derselbe auf das Empfindlichste dankte und energisch die Meinung zurückwies, als ob die Entstehung in den aufgeschauelten brennlichen Quartieren zu suchen sei. — Auch der Arbeiterdiskussionsklub, der im Allgemeinen durchaus seinen karnevalistischen Anstrich unter der Leitung des Herrn Dr. Fischer hat, dessen Diskussionsfragen sich bis ins graue Altertum und in die jüngste Väterzeit ergaben, hatte gestern einen „lustigen Abend“ im großen Saale der „Eintracht“ veranstaltet bei dem üblichen freien Eintritt, der das äußere charakteristische Merkmal dieses Diskussionsklubs ist. Dabei zeigt es sich, daß auch die bessere Gesellschaft für den Begriff „freier Eintritt“ sehr empfänglich ist, zumal an einem „lustigen Abend“, dessen Kosten in der Hauptsache Mitglieder des Hochtheaters, der nährliche Post Romeo trugen. Hunderte wußten daran gebo, als das unter der Leitung des Konferenziers Hofschaupieler Wambach — die Veranstaltung selbst war von Herrn Hofschaupieler Dr. Wollf prächtig arrangiert — feherbe Kabarett mit einem witzigen Prolog, in dem die kleinen Schwächen und einige lächerliche Interna des Klubs mit ebenso viel ledem Witz wie freudlichem Humor durchgehacht wurden. Was den zahlreichen Darstellungen sehen wir das große Duett aus Leoncavallo's „Bajazzo“ hervor, das von Herrn Wollmoir und seiner Wartin Stimmungsvoll vorgetragen wurde; allerbüchlich war Frau Johanna Sime, die ein prächtiges Tendenzlied ebenso schelmisch wie grandios vortrug, wobei ihre weiche, warme Stimme zur schönsten Entfaltung kam. Vorher hatte die junge Künstlerin die Bühnenfähigkeit mit dem temperamentvollen Vortrag eines hochkarätigen Volkers erkannt. Mit weiteren Darstellungen ergab Frau Dr. Wollf'scheberg, ferner weitere Hofschaupielerin Ottilie Huber und besonders Frau Hofschaupielerin Pix, sowie die Hofschaupielerin Deluge und Kraus das Publikum. Höflich waren auch die vom Konferenzier vorgetragenen Thomschen Landshausgeschichten.

verbreiten" wurde dem Aktionsausschuß als Material über-
wiesen.

Der Kampf um das preussische Wahlrecht.

In einer Versammlung des nationalliberalen
Jugendvereins in Wanne berichtete Antisekretär
Sparthorst über den Stand der Wahlrechtsfrage und
die Vorbereitungen für die nächste Landtagswahl im Wahl-
kreis Gelsenkirchen. Ausgehend von der am 10. Januar
von der Staatsregierung im Abgeordnetenhaus abgegebenen
Erklärung zog der Redner einen Vergleich zwischen den von
der Regierung in Aussicht gestellten und den von der national-
liberalen Fraktion geforderten Reformen. Eine gerechtere
Wahlkreisverteilung, als sie jetzt vorhanden —
eine Forderung, zu der sich die Regierung leider ausge-
schwiegen hat —, bezeichnete der Redner als die Grundlage einer
jeden Reform. Die Übertragung des Reichstagswahlrechts
auf Preußen könne nicht in Betracht kommen. Angesichts der
Feindschaft, die in letzter Zeit die Sozialdemokratie dem
gehobenen Wahlrecht entgegenbringe, müsse man an-
erkennen, daß dieses im nationalen Interesse gelegen sei. In
der ausgedehnten Besprechung wurde der Standpunkt des
Vortragsgebenden gebilligt.

Der Verein aller Tabakinteressenten Deutschlands

hatte zu Mittwochabend nach Berlin eine Generalversam-
mlung einberufen, um zu der Frage: Ist die Gefahr der
Einführung einer Sonderrollesteuer auf Zigarren als end-
gültig beseitigt zu betrachten? Stellung zu nehmen. Nach
einem Referat des Syndikus obigen Vereins, Dr. Jonas,
wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: „Der
Verein aller Tabakinteressenten Deutschlands erklärt sich
gegen jede Steuererhöhung der Zigarrenindustrie, insbeson-
dere gegen die geplante Sonderrollesteuer, welche Tausende von
Arbeitslosen drohen zu machen, einen großen Teil der selbständigen
Arbeitsbetriebe und des Handelsstandes vernichten, der Kon-
zentration des Großbetriebes Vorschub leisten und demnach
in eminentem Sinne mittelstandsfreundlich wirken würde. Der
Verein wendet sich energisch gegen die fortwährende Be-
nützung durch die Steuerprojekte, welche die Branche nicht
zur Ruhe kommen lassen und eine gedeihliche Fortentwicklung
unmöglich machen.“

Die Stimmung im katholischen Clerus,

wobei seine Stellungnahme zur Bewegung unter den Laien
und gegen die Kirchenregierung angeht, wird verschiedenes
beurteilt. Die einen meinen, es sei still in ihm, nur wenige
seien es, die modernistischen Ideen huldigten und für Reformen
schwärmten; man habe also Führer ohne Unteroffiziere
und Soldaten vor sich. In dieser Auffassung schrieb neulich
ein norddeutsches Blatt, daß es zu einer Krise im deutschen
Katholizismus auch dann nicht kommen werde, wenn Pro-
fessor Schnitzer sein bleibe. Von einem sich vorbereitenden
religiösen Umsturz, von einem religiösen Frühling, der
durch die deutschen Lande brause, wie Professor Schnitzer
glaube, sei zunächst herzlich wenig zu hören. Man darf
zweifel hegen, ob diese Beurteilung richtig ist. Tatsächlich
gibt es doch im Katholizismus weit stärker, und es sind
unzweifelhaft Anzeichen da, daß diese innerkatholische Be-
wegung selbst in den Kreisen des Clerus schon starke Wellen
wirft. So und dort liest man in liberalen, d. h. nicht ultra-
montanen Blättern Artikel katholischer Geistlicher, über die
Gewissensnot, in der sie sich befinden, über den Druck, unter
dem sie von ihrer Kirchenregierung her leiden.

Die deutschen Bischöfe haben ja in dem Hirten schreiben,
das sie bei ihrer Dezemberversammlung in Köln an die
deutschen Katholiken beschickten, gerade das als ein bedenk-
liches Zeichen hervorgehoben, wie häufig jetzt katholische Geis-
tliche in kirchenfeindlichen Zeitungen im Geiste des Un-
gehorsams und der Auflehnung gegen die kirchlichen Oberen
Kritik schreiben. Es muß das schon sehr großen Umfang
angenommen haben und den Bischöfen als sehr gefährdend
erscheinen, daß sie so heftig sich darüber auslassen. Ein
weiteres ganz einwandfreies Zeichen, daß diese Haltung
im katholischen Clerus vorhanden ist, liegt jetzt wieder vor.
Das lediglich für den katholischen Clerus bestimmte „Kor-
respondenz- und Effektenblatt für die gesamte katholische
Geistlichkeit Deutschlands“ denkt daran seinen Umfang zu ver-
größern und stellt monatlich alle 14 Tage zu erscheinen. In
dem Programm, das die Redaktion in Nr. 2 entwirft, kommt

Buntes Feuilleton.

Über einen Besuch der Kaiserin im Krankenhaus zu
Mannheim, in dem der leidende Arzt Herr Dr. Berg die Füh-
rung übernommen hatte, wird der „Zagl. Rundsch.“ folgendes er-
zählt: Die Kaiserin kam u. a. auch an das Bett eines 75-jährigen
Mutterkinds aus Schiffern, deren Heimat sie aus dem unverfälsch-
ten Dialekt der Aiden jenseit erkannte. Sie erzählte der Frau,
daß sie selbst den größten Teil ihrer Jugend in Schiffern verbracht
habe. Die Alte sprach dann von dem schönen Köln, das sie zu Hause
lieber so rechtlich geliebt hätte, worauf die Kaiserin die Frau
fragte, ob sie gern Köln essen möchte. Als die Alte bejahte, ver-
sprach ihr die hohe Frau, daß sie ihr Köln schicken werde. Die Alte
fragte: „Aus Grünberg?“ „Nein, von uns!“ Worauf jene zur
Belustigung der Kaiserin erwiderte: „Ja, Sie werden ja auch gutes
haben.“ Nach am Nachmittag desselben Tages traf eine Menge
wunderlicher Absichten und Meinungen für die Alte ein.

Das unvollkommene Bähnle, Nehe als Volkliche Jüngende, so
spricht man der „Zagl. Jg.“ aus Schwaben, herrschen schon seit
langer Zeit auf der Wagnbahn Rauningen-Dillingen. Vor einigen
Tagen versagte 's Bähnle wieder einmal ganz jämmerlich den Dienst.
Der Zug, der schon längst um 8 Uhr 45 Min. abends in Raun-
ingen hätte eintreffen sollen, blieb aus. Und was war die Ursache?
Der um 6 Uhr 30 Minuten von Dillingen abgegangene Zug der
Hartelsbahn blieb bei der Station Dillingen auf einem Güter-
wagen, was die Entladung eines Personen- und eines Güter-
wagens zur Folge hatte, die in den vorbeifahrenden Strahlengraben
fielen. Mehrere Passagiere erlitten dabei verschiedene, wenn auch
nur leichte Verletzungen. Was nunge aussteigen. Ein Erfahrung
ging nicht, die Betriebsleitung sah sich auch nicht veranlaßt, einen
solchen zu requirieren. Es blieb also den Passagieren des Unglücks-
zuges nichts anderes übrig, als in später Abendstunden den weiteren
Weg in kostbarster Nacht per pedes Apostolorum zu machen, —
mit welchen Gefühlen, kann man sich denken. Nicht besser erging es
den auf den Zwischenstationen der Ankunft des Zuges ungeduldig
darrenden Reisenden. Auf allen Stationen von Dillingen bis Dil-
lingen erklärte man ihnen ganz lakonisch: 's Bähnle geht heut
nimmer; 's sich umfasse.“

eine Stelle vor, die, um ein abgehegtes Wort einmal an der
rechten Stelle zu gebrauchen, wirklich tief klingen läßt:

„Aber eines wollen wir jetzt schon offen und ehrlich betonen,
damit niemand eine Enttäuschung erleidet. So wie es manche
vielleicht meinen und wünschen, kann das Blatt nicht redigiert werden. Es muß entweder im Einklang
mit den maßgebenden kirchlichen Bedenken stehen oder es muß
aufhören zu existieren. Den kirchlichen Bedenken den Krieg erklären,
das kann und darf doch eine Kirchenzeitung nicht. Es soll im Gegen-
teil ein Mittel- und Bindeglied zwischen Clerus und seinen Ver-
gehetten sein.“

So ist also die Stimmung im katholischen Clerus, daß
er, um sich Luft zu machen, ein Organ haben möchte, in dem
er auch gegen seine kirchlichen Oberen Stellung nehmen kann.
Wie lange wird sich der Dampf noch durch gewaltigem be-
schwertes Ventil niederhalten lassen, bis er mit Vehemenz
ausbricht?

Deutsches Reich.

(Ein Sympathie-Telegramm an Prof.
Dr. Schnitzer) hat der katholische Studentenverein
„Normannia“ Greifswald, zunächstverbund der katholischen
Studentenvereine Deutschlands gebildet. Das Tele-
gramm hat folgenden Wortlaut: „Ew. Hochwürden gestaltet
sich unterzeichneten Verein für Ihr Eintreten zur Wahrung
akademischer Freiheit die warmste Sympathie auszu-
sprechen. Der kath. Studentenverein Normannia.“

(Wert ist die Zuwachsstener?) Stadtrat
Hofstet in Dortmund hat eine sehr lehrreiche Übersicht über
die praktischen Ergebnisse der Wertzuwachssteuer aufgemacht:
In Dortmund wurden in den ersten vier Monaten
erleben insgesamt 74 499,68 M., also rund 75 000 M. Hieron
betrafen den „beideidener“ Wertzuwachs von 10 bis 50 v. H.,
noch nicht 3500 M., dagegen den Zuwachs um 50 bis 65
v. H. fast 8000 M., aber den mehr als 80 v. H. Zuwachs
61 253,47 M.! In Prozenten ausgedrückt, wurden 81,7 v. H.
des gesamten Wertzuwachses von den abnormen
Grundstücksgewinnen mit mehr als 50 v. H. Wertzuwachs
geliefert und nur etwas über 7 v. H. von den Gewinnen mit
10 bis 50 v. H. Wertzuwachs. Mit dieser Sprache der Er-
fahrung vergleiche man nun die Sprache der Grundsteuer-
umverteilung, die nicht müde wird, den „kleinen“ Hausbesitzer
zur Verteidigung seines „beideidener“ Gewinns aufzurufen!
(Zum sozialen Frieden). Am Montag den
24. ds. fand in Leipzig eine Zusammenkunft der Haupt-
vorstände des Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberver-
bandes für das Schneidergewerbe, Sig. München,
und der verschiedenen Gehilfenverbände statt, um be-
züglich der Tarifdifferenzen in Leipzig, Eisenach,
Danzig, Hildesheim, Jena und Königsberg einen Ausgleichs-
vertrag zu unternehmen. — Aus den genannten Städten
waren Vertrauensleute beider Teile zugezogen. Nach ein-
gehenden Beratungen gelang es den Bemühungen der Haupt-
vorstände, in allen Streitfragen eine vollständige Einig-
ung zu erreichen. In den Kreisen der Arbeitgeber und
Arbeitnehmer des Schneidergewerbes hat der Erfolg des zum
erstemale herbeiführten Vermittlungsversuches allgemeine
Befriedigung hervorgerufen. Man erwartet, daß es auch in
Zukunft gelingt, dem Gewerbe durch das Eingreifen der
Hauptvorstände vermeidbare Störungen fernzuhalten und da-
durch den Interessen beider Parteien zu dienen.

Badische Politik.

*Heidelberg, 28. Febr. Die ordentliche Hauptver-
sammlung des Jungliberalen Vereins fand gestern
abend im „Reichen Hof“ statt. Zu Vorstandsmittgliedern
wurden die Herren: Vorkenbuch, Bohmeister, Biele, Haupt-
lehrer Breuner, Dr. Hoffmann, Viehbold, Kollisch, Reine,
Schubel, Dr. Schuch, Singhof, Stadtkassenbuchhalter Sulzer,
Rechtspraktikant Thorbecke, Finanzamtmann Vogel, Handels-
gärtner Volk, Notar Dr. Walter, Domänenbuchhalter
Wettin, Oberpostsekretär Wittstein, Bürgermeister Wielandt,
Dr. Wielandt und Postkassierer Wink gewählt. Der Vorsitz
wird auch für das Jahr 1908 in den bewährten Händen der
Herren Dorn und Ueberle verbleiben. Der Jahresbericht mei-
delt eine rege Vereinsaktivität; der Klassenbericht des Herrn
Stefan Breitwieser, der die Altersgrenze von 40 Jahren er-
reicht hat und somit aus dem Vorstande ausscheiden muß, war

Beiträge zur Frauenfrage.

Auskunftsstelle für Frauenberufe

1. 12, 18 3. Stad.
Sprechstunde: Mittwoch von 10-11.
Verein Frauenbildung-Frauenstudium, Abteilung Mannheim
Die nächste Mitgliederversammlung findet, des Abends
wegen Donnerstag, 5. März, nachmittags 1/2 5 Uhr
in derloge Karl zur Eintracht, L. 8, statt. In dieser Ver-
sammlung wird Herr Geheimrat Professor Rott aus Frei-
burg über die verschiedenen Waisensysteme einen Vortrag hal-
ten. Der Vortrag dürfte gerade jetzt von besonderem Inter-
esse sein, da der Kampf um das preussische Wahlrecht weiteste
Kreise mit einer Heftigkeit erregt, wie sie politischen Fragen
selten entgegengebracht wird. Die Frauen haben viel nachzudenken
in ihrem Interesse für derartige Fragen; dieser Vortrag gibt
Gelegenheit, sich über eine der wichtigsten zu belehren. Auch
Herren ist der Eintritt gerne gestattet; er ist für Vereinsmit-
glieder frei; Nichtmitgliedern zahlen M. 1. Professor Rott ist
ein lebhafter Jurist, der schon bei früheren Gelegenheiten
seinem wohlwollenden Interesse für die Mitarbeit der Frau Aus-
druck gegeben hat.

Rechtslehreverband für Frauen.

Vorsitzende: Frau Frau. Bennet
Die II. Generalversammlung des Deutschen und Öster-
reichischen Rechtslehreverbandes für Frauen findet vom 12.-14.
März in Halle a. S. statt. Aus der reichhaltigen Tagesord-
nung sei hervorgehoben: Einführung des Arbeitszwangs auf dem
Bewaltigungsweg (Frau Leontine Simon-Mannheim), „Für-
sorgegeschäfte“ (Hil. Maria Dönhofs-Frengeldens), die An-
stellung von Waisenpflögern bei der Vermögensverwaltung
(Frau Charlotte Schumm-Bonn), Kommissionsbericht über die
Eingabe des Untergerichts in Gefängnis- und Bürgerrechte in
Mädchenhäusern (Referentin noch unbekannt). Warum brauchen
wir weibliche Juristen? (Referentin Hil. Dr. jur. Ally Weier-
kamp-Franfurt a. M.), Vorstandswahl. In den öffentlichen
Abendversammlungen werden folgende Vorträge gehalten: Frei-

sehr erfreulich. Dem verdienten langjährigen Redner wurde
Entlohnung erteilt und der aufrichtigste Dank der Versamm-
lung zu seiner vorzüglichen Kostenführung ausgedrückt. Nach
lebhafter Färsprache der Herren Abg. Luenzer und Koh-
hurst wurde der Anschluß des Jungliberalen Vere-
ins an den Reichsverband beschlossen. Auch wurde
der Antrag, Frauen in den Verein aufzunehmen,
einstimmig angenommen. Eine rührige Tätigkeit und
frühe Organisation im dem Wahlkreis Heidelberg-Land
wurde befaßt, damit der Wahlkreis das nächste Mal wieder
aus den Händen der Sozialdemokratie entrisen wird. Ueberall
sollen Abg. Volksvereine, angeschlossen an die Organisation der
natl. Partei, gegründet werden.

Aus Stadt und Land.

Aus der 2. Plenarsitzung der Handelskammer.

1. In Punkt 1 der Tagesordnung „Industriekammer“
hat die Handelskammer nach eingehender lebhafter Diskus-
sion, wobei nur von einer Seite für die Schaffung einer Industrie-
kammer eingetreten wurde, folgenden Beschluß gefaßt: „Die
Handelskammer erklärt für unzulässig, daß eines ihrer Mitglie-
der, ohne ihr Kenntnis davon zu geben, Bestrebungen verfolgt,
die als gegen sie gerichtet betrachtet werden müssen.“

2. Arbeitskammer. Auf Eruchen des Groß. W.
außerhalb des Innern erstattete die Kammer zu dem Gelegen-
heitsber. Arbeitskammer ein Verdict in der Presse veröffent-
lichtes Gutachten.

3. Erneuerung des Privilegs der Badischen
Bank. Die Kammer beschloß anlässlich des Ablaufs des Pri-
viligs der Badischen Bank an das Gr. Ministerium des Innern
folgende Eingabe zu richten: „Das Herannahen des Zeitpunkts
zu welcher der Hofe Ministerar sowie der Reichstag über die Er-
neuerung des Notenprivilegs der Reichsbank und der Privat-
notenbank zu entscheiden haben werden, macht es uns zur Pflicht,
an Groß. Regierung die dringende Bitte zu richten, für den
Vorteil der Badischen Bank in ihrer jetzigen Verfassung mit
allen Mitteln einzutreten. Auf ihre Verdienste in Handel und
Industrie anderer erprobter Prämienlandes, auf die Förderung,
welche sie durch die Badische Bank während eines Zeitraums von
nahezu 40 Jahren erfahren haben, hier besonders Finanzver-
trauen wir unterziehen zu dürfen, da Groß. Regierung wäh-
rend dieses Zeitraums selbst Gelegenheit gehabt hat, ein Urteil
über die Tüchtigkeit des Instituts zu gewinnen. Hervorzuheben aber
müssen wir, wie gerade in jüngerer Zeit während der Schwere
Geldkrise ebenso wie familiäre Privatnotenbanken, so auch die
Badische Bank als eine nicht zu unterschätzende Unterstützung
und Ergänzung der Reichsbank erwiesen hat. Die in dieser Pe-
riode gemachten Erfahrungen werden ohne Zweifel auch die Ge-
ner der Privatnotenbanken von der Notwendigkeit der Fort-
schritt überzeugen haben.“

4. Vertretung in Verwaltungsrate der Han-
delsturie für Mädchen. Auf das Eruchen des Ver-
waltungsrates der Handelsturie für Mädchen, einen Vertreter
der Kammer in den Verwaltungsrat zu delegieren, beschloß die
Kammer, Herrn Michael Rothchild, mit der Vertretung der
Kammer zu betrauen.

5. Der Herr Präsident macht Mitteilung von der Tagesord-
nung der am 30. und 31. März stattfindenden Voller-
sammlung des Deutschen Handelskongresses. Zur Be-
ratung sollen folgende Punkte kommen: 1. Heranzug der
2. Vorkonferenz, 3. Schieds- und Ueberweisungsrichterei, 4. Detail-
Abkommen, 5. Abgrenzung des Handelsrechts, 6. Vertretung der
Arbeiter, 7. Handelsinspektoren, 8. Sicherung der Bankforderun-
gen, 9. Festlegung des Scheckrechts.

6. Als Stellvertreter für die Vertretung des Han-
delsregierers beim Amtsgericht Schweglingen wurde Herr Karl
Krauth-Hodendorn, als dessen Stellvertreter Herr Philipp
Bräuninger-Schweglingen für die bis
Ende 1909 währende Amtsperiode der ausgeschiedenen Herren
Abel Rißhaus und J. W. Krauth gewählt.

7. Der Vorstand des Verbandes badischer Han-
delslehrer hat der Kammer Kenntnis von einer an die
Groß. Regierung und die zweite Kammer der Landstände ge-
richteten Petition um entsprechende Regelung der Gehalts-
verhältnisse der geprüften Handelslehrer und Reallehrer an Han-
delschulen gegeben und sie ersucht, mit Rücksicht darauf, daß die
Vertretung des Kaufmannstandes an der Ausgestaltung unserer
Handelschulwesen, insbesondere an der Lösung der brennend-

sten, den 10. März: Frau Camilla Jellens-Hebelberg „Frauen-
forderungen zur deutschen Strafrechtsreform“. Korreferat zu
diesem Thema von Herrn Geheimrat Professor Dr. A. Jun-
ger-Halle a. Saale, Donnerstag, den 11. März: Vortrag von
Herrn Oberbürgermeister Dr. Geisinger-Dessau: „Die Bedeutung
gemeinnütziger und unparteiischer Rechtsauskunftsstellen“; Re-
ferat von Frau Julie Solinger-Dresden: „Tätigkeit aus der
Tätigkeit der Frauenrechtskämpferinnen“. Alle Sitzungen und
öffentlichen Abendversammlungen finden im Ungelassenen Ser-
eisschause statt. Der Begründungsabend am 12. März, abends 8
Uhr im Hotel zur „Stadt Hamburg“.

Alkoholfreie Volkshäuser.

Nach einer kurzen Einleitung über das jetzige Gastwese-
den, das mehr unästhetische als ästhetische, mehr unästliche als stichliche
Vergleichenungen mit sich führt, das besonders schon auf die
Kinder verberlich wirkt, beschrieb die Präsidentin Frau Wölfer,
Volkshausleiterin aus Taubenburg, im vorliegenden Mitgliederabend
des Mannheimer Vereins für Fraueninteressen, wie viel Schaden
ein alkoholfreies Volkshaus bewirken, welche stichlichen Einflüsse es
auf seine Besucher ausüben kann. Die beiden Vorhitzer für die
Bekämpfung gegen den Alkoholmißbrauch heißen wir in Zürich,
dort hat der Frauenverein für Nützlichkeit und Volkswohl in kurzer
Zeit 9 alkoholfreie Volkshäuser errichtet, die sich alle selbst er-
halten, durchschnittlich täglich von 300 Personen jählichen Stan-
des besucht werden. Die Häuser werden von Frauen geleitet und
vermehren, die beherrschenden Mädchen sind besolter und werden
nicht als Zugmittel betrachtet, denn Trinalgelber sind ausge-
schlossen. Zeitschriften sind Bücher aller Art liegen auf, um den
Sinn für gute Lesüre auch im Volke zu wecken, für Geselligkeit ist
georgt. Die Rednerin eifert die Frauen an, auch in Bayern mehr
gegen den Alkoholmißbrauch, gegen die Trunksucht und die Trinal-
friten zu kämpfen, bei den Kindern damit anzufangen, denn wenn
man die Kinder von heute rettet, hat man die Generation von
morgen gerettet. Die Vorsitzende des Abends regte die Grün-
dung eines Verbandes an, der sich eventuell dem Verein für
Fraueninteressen als Arbeitsgruppe aber dem Bremer Bunde
abstinenten Frauen anschließen soll.

gemardenen Frage des Lehrermangels ein wesentliches Interesse hat, die Petition beim Groß-Ministerium unterlegen zu wollen. Die Nummer des Beschlusses, die Petition der wohlwollenden Erwägung Sr. Ministeriums zu empfehlen. (Schluß folgt.)

Jahresbericht des Statistischen Amtes.

III.

Verkehr.

Der Personenverkehr der Staatsbahnen läßt sich wieder einmal nicht mit dem vorjährigen vergleichen, weil die Rückfahrkarten in der Hauptsache weggefallen sind und keine Kilometerbeste mehr verausgabt werden. Im Berichtsjahr sind noch 27 617 Kilometerbeste gegenüber 59 977 im Vorjahr ausgegeben worden. Die Fahrtausweise, die eine Vergleichung zulassen, die Arbeiterwochenkarten und die Zeit- und Monatskarten hatten einen Rückgang zu verzeichnen. Den höchsten Festtagsverkehr nach Heidelberg brachte mit 4188 verkauften Fahrkarten der Pfingstsonntag; das ist freilich kein sehr bedeutender Verkehr, wie denn überhaupt der Sonntags-Ausflugsverkehr im Berichtsjahr sehr viel schwächer war als in den letzten Jahren; der Mannheimer blieb in der Ausfaltung.

Der Verkehr der Straßenbahn ist mit dem vorjährigen ebenfalls nur bedingt zu vergleichen. Einzelteils brachte das Jubiläumsjahr einen sehr viel stärkeren Verkehr, sobald die Gesamtverkehrsleistung von 23,5 auf 27,6 Millionen und damit der Tagesverkehr von 64 250 auf 75 500 wuchs. Andererseits wuchsen aber auch die Aufwände an Extralinken und Wagen, unrentable neue Linien kamen hinzu und fielen im Berichtsjahr voll in's Gewicht, während die des Vorjahr erst zu einem Teil belasteten. Endlich machte sich auch die Verschlechterung der Konjunktur geltend. So ging die Ziffer der auf einen Wagenkilometer beförderten Personen von 4,06 auf 3,95 zurück.

Das Radfahrwesen hat wieder einmal plötzlich nachgelassen; die Zahl der neuangemeldeten Fahrer ging in der Stadt Mannheim von 2017 auf 1889, also um über 1000 zurück. Wiederum ist der Anteil der Radfahrer unter den neu angemeldeten Radlern gesunken. Er betrug im Bezirksamt Mannheim: 1906: 58,6 Prozent, 1907: 62,04 Prozent.

Der gesamte Schiffsverkehr im Staats-, Industrie- und Rheinauhafen belief sich auf 7 691 663 Tonnen. Damit ist der höchste je verzeichnete Verkehr von fast genau 7 Millionen Tonnen im Jahre 1903 bei weitem übertriften worden und zwar haben die Alt-Mannheimer Häfen wie der Rheinauhafen ihren bisherigen Höchststand weit hinter sich gelassen. Die Verteilung des Gesamtverkehrs auf die Hafenanlagen seit 1901 ist die folgende:

Table with 4 columns: Year, Staats- und Industriehafen (t, %), Rheinauhafen (t, %). Rows for years 1901 to 1907.

Das beiderseitige Wachstum kommt ausschließlich auf Rechnung der Verkehrszunahme im Rheinauhafen zu. Für die wichtigsten Warengruppen ergibt sich in den drei Häfen zusammen folgender Schiffsverkehr in Tonnen:

Table with 4 columns: Warengattung, Zu- und Abfahr per Schiff 1906, Zu- oder Abnahme absolut, Zu- oder Abnahme %. Rows for various goods like Dünghum, Eisen, Getreide, etc.

Das hervorragende Merkmal dieser Zusammenstellung ist die enorme Zunahme des Kohlenverkehrs um fast 1 Million Tonnen. Durch hohe prozentuale Zunahmen zeichnen sich daneben noch Petroleum und besonders Mehl aus. Sehr erheblich war der Anteil Mannheims an der Einfuhr des ganzen Zollgebietes in den wichtigsten Artikeln des bisherigen Imports. Von 51,8 hat er sich auf 58 pro Tausend, d. h. genau auf den Stand vor der Zollrückbildung gehoben. Im Jahre 1901 war der Anteil Mannheims noch höher.

Der Verkehr der Reichsbahnhandelsstelle war infolge der Abtrennung der ganzen linksrheinischen Pfalz im vorigen Jahre auf 6002 Millionen Mark zurückgegangen, von diesem Rückgang sind im Berichtsjahr 408 Millionen schon wieder eingeholt worden; der Verkehr 1907 betrug nämlich 5407 Millionen Mark.

* Genannt wurde für die Zeit bis Ende des Jahres 1908 Witzenterscheidt und Andreas Odenwald in Forstheim zum Handelsrichter und Witzenterscheidt Wosentin in Forstheim zum Handelsrichter bestellt bei den Kommissaren für Handelsfachen am Landgericht Karlsruhe.

* Die nächste Justizratsprüfung wird am 28. März d. J. beginnen. Die Anmeldungen hierzu sind spätestens bis 14. März beim Ministerium des Justiz, des Justiz und Unterrichts eingereicht.

* Zur Feier des 50jährigen Dienstjubiläums des Herrn Landgerichtspräsidenten Dr. Cobensbach versammelten sich gestern vormittag in dessen Wohnung in Heidelberg die Richter des Landgerichts und brachten ihre Glückwünsche dar, wofür der Befürworter in längerer Rede herzlich dankte. Seitens der übrigen Beamten des Landgerichts wurde eine kunstvoll geschriebene Adresse überreicht. Als Gratulanten erschienen weiter Vertreter des Amtsgerichts, der Staatsanwaltschaft, des Bezirksamts, der Heidelberger Rechtsanwältin, der Stadt und der Universität, der Mannheimer Musikgesellschaft, deren Vorstand Dr. Cobensbach ist, und der Vereinigung aller Württembergischer, zahlreiche Blumenkränze, Telegramme und Briefe zeigten, welchen Anteil weite Kreise an dem schönen Feste nahmen.

* Stand der Militärrentenliste. Das Vermögen der Militärrentenliste hat sich im Jahre 1907 um 118.427 hermindert und betrug Ende des Jahres 2 762 420 M. 71 Pf. Die Zahl der betragenden Mitglieder beläuft sich auf 106 (minus 10) mit einem im Mittelwert von 471 224 M. 16 Pf. Reuten im Gesamtvermögen von 227 250 M. 88 Pf. beizulegen 228 Witwen und Waisen.

* Erfindung für das Großherzogtum Baden. (Mäheres durch die Expedition.) Patentanmeldungen: A. 14 018.

Notierender Transformator; Aufz. P. 196 190. E. Arnold, Kochstraße 1a und D. S. Wrognad, Kriegsstraße 116, Karlsruhe i. Baden. U. 8001. Hilfsantriebsvorrichtung zum Anlassen mehrmündiger Explosionsstrahlmotoren für den Anker magnetischer Windapparate. Unterberg u. Helmle, Karlsruhe i. Baden. U. 80 042. Elektrisches Schloßwerk. Emil Glah, St. Georgen, Schwarzwald. Patenterteilungen: Nr. 196 063. Pflanzenspritzungsapparat mit indirekter Wasserverdunstung. Gouffr. Weber, Singen a. d. Koch. Nr. 196 064. Verfahren zum Ausfällen von Rissen und Abblättern in Mauerwerk oder Gestein durch Einbringen von Zementbrei in Verteilungsstöße. Albert Gagg, Konstanz. Nr. 196 066. Zementröhrenformmaschine mit regelbarer Mittelbewegung des Formkastens. Josef Winkler, Kiefernbad, Post Albrunn. Gebrauchsmuster-Eintragungen: Nr. 329 300. Stoch mit Spiralfeder in einem Hohlraum gehaltenen ausziehbarer Traggewebe. Emil Gering, Hirsheim. Nr. 329 018. Röhrenlaufende Doppelschleifer mit in der Breite verstellbaren Sprossen. Heinz Schäfer, Heidelberg, Bismarckstraße. Nr. 329 062. Entfernungsmaß für Karten. Felix Kubel, Karlsruhe. 329 107. Schuhleiste für Damenstiefeln. Dr. Ad. Feiler, Hirsheim. Nr. 329 206. Einleiste für Glasfenster, die herangezogen eine Garantie für Originalfüllung bildet. Dr. Hermann Pfaff, Lebr. Nr. 329 506. Verdrängbarer Klebeflecken. Friedr. Walz, Karlsruhe, Humboldtstraße 37.

* Vorschriften für deutsche Handelsreisende im Ausland. Die für deutsche Handelsreisende und die von ihnen mitzuführenden Warenmuster in den verschiedenen fremden Ländern maßgebenden Bestimmungen sind vom Verkehrsministerium der Berliner Handelskammer zusammengestellt worden. Die Sammlung enthält außer den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften die Bestimmungen über Legitimationspapiere, Gewerbebescheinigung und sonstige Gebühren, Zollbehandlung der Warenmuster, Frachternennung für Musterkoffer usw. Die Handelskammer stellt das Heft den Interessenten kostenlos zur Verfügung; es wird der Beitragsnummer der Mitteilungen der Handelskammer beigelegt und auch sonst durch das Verkehrsministerium der Handelskammer Berlin, Dorotheenstraße 7/8, unentgeltlich abgegeben.

* Chorführer-Verbands-Musikfest. Wer je einmal Gelegenheit hatte, einen Chorführer-Verbands-Musikfest mitzumachen, dem wird das Herz ausgehen, wenn er sich nächsten Samstag wieder dieser beliebte Saison-Musikfest hat. Unter dem Titelchorführerfest ist es gemeint. Das heißt jeder, und ein paar Stunden seiner edleren Fröhlichkeit sind jedem in dieser ersten Zeit von Bergen zu ginnen. Während die nächsten Musikfesten mehr in großem Stil sich bewegen, herrscht auf dem Chorführerfest mehr der intime Musikfestcharakter. Deshalb hat der Vorstand auch wieder sein altes Stammtisch Apollo aufgesucht, welches mit seinem Gold- und Silberband und seinen leuchtenden Wappen für ein solches Fest am besten geeignet ist. Auf eine prächtige geordnete Bewirtung legt der Vorstand von jeder großes Gewicht wie auf eine gute Souvenir. Für Velbes ist gesorgt! Es wird sich deshalb gewiß niemand diese Nacht voll Freude entgegen lassen. Das Festprogramm im Dienste der Wohltätigkeit findet und jeder Besucher dazu beiträgt, ist bekannt.

* Die große Garnelgesellschaft Lindenhof G. V. bezw. der Herr Rat hat in seiner letzten Sitzung einstimmig beschlossen, am Donnerstag Dienstag nachmittags 3 Uhr in den Straßen des Lindenhofstadteils einen Karnevalszug zu veranstalten. Der Zug wird ca. 30 Nummern (darunter 9 Wagen und 4 Musikposten) umfassen. Die Vorbereitungen sind bereits im vollen Gange. Es ergibt daher hierdurch an alle Ehrenmitglieder, welche mit ihren Beiträgen noch im Rückstand sind, die leiste Zahlung, um solche baldmöglichst zusammen zu lassen bzw. zur Abholung herbei zu halten. Vereine, Korporationen und einzelne Personen, welche sich event. noch an dem Zuge beteiligen wollen, werden freundlichst gebeten, sich in dem Gesellschaftsbureau, Lindenhofstraße 11 portiere, zu melden. Unseren Ehrenmitgliedern ist es gestattet, sich in Dreifachen an den Zug anzuschließen und ist es erwünscht, daß davon recht ausgiebiger Gebrauch gemacht wird. Ferner ergeht an alle Bewohner der Straße Lindenhof-Vorstadt die höfliche Aufforderung, dem Zuge das erforderliche Interesse entgegenbringen zu wollen.

* Eine Warnung für Mescherden. In der letzten Zeit hat ein scharfes Vorgehen gegen die Mescherden Tisch gegriffen. Der Landrat August Heine von Rheinau kündete am 28. Januar d. J. mit verbindlichen Worten des Reiches Rat auf der Mescherden an in der öffentlichen Ansicht, den Tisch gegen die aufzuräumen, auf den er schließlich gefaßt war. Er hatte auch bald den gewünschten Erfolg. Als der Tisch ihn vor die Türe setzen wollte, verlegte ihm der Hofling einen Dolch in die linke Brustseite. Die Verletzung war eine schwere. Später klagte er sich zu dem Landrat, es fern zu sein, wenn er Rat nur eine gegeben hätte, daß sie ihm lange. Der Staatsanwalt beantragte in der letzten Schöffengerichtssitzung gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten, das Gericht ging jedoch über den Antrag hinaus und sprach gegen den schon wegen Nebelstehlen vorherbestraften Angeklagten eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten aus.

* Ein eigenartiger Verurteilungsfall beschäftigte am Samstag das Schöffengericht. Der Agent H. Michel von Weidenbach ist beschuldigt, am 1. Februar d. J. den Copiermeister Ludwig Nebenod von hier bestimmt zu haben, eine beim Amtsgericht anhängig gemachte Forderungsklage in Höhe von 82 Mark außergerichtlich zu erledigen, um dann ein Veräußerungsurteil gegen Nebenod zu erwirken, nach dem der Kläger mit seiner Forderung zufrieden und in die Kosten verurteilt wird. Michel klagte nämlich an dem genannten Tage den Nebenod, einen offenbar nicht ganz normalen Menschen, aus dem Amtsgericht in das als „Kriegslist 17“ bekannte „Amstuhel“, bereite ihn dort mit Erfolg, in dem Termine nicht zu erscheinen, er werde ihn auf alledem Wege zufrieden stellen und ging dann allein zum Termin. Der Richter fragte ihn, ob er ein Veräußerungsurteil gegen Nebenod haben wollte, was Michel bejahte. Michel befreit, die Bedeutung eines Veräußerungsurteils sei bekannt zu haben, eine gerichtliche Abhandlung habe ihm also ferngeliegen, im Reduzierten hätte überhaupt keine so hohe Forderung, wie sie Nebenod angebe. Das Schöffengericht sprach den Angeklagten frei. Das ganze Verfahren Michels ist unzulässig gewesen, weil Nebenod gegen das Veräußerungsurteil Einspruch erhob. Eine numerische Abhandlung des Angeklagten liegt wohl vor. Das Gericht hat aber den Angeklagten freisprechen müssen, weil nicht festgestellt ist, ob Michel dem Nebenod etwas schuldig ist. Die Forderungsklage hat im Grunde verfallen müssen, weil von dem Ehe Nebenod abhängig gemacht wird, ob eine solche Forderung besteht. Das Gericht hat aber die Überzeugung gewonnen, daß der Angeklagte infolge seiner geistigen Verfassung nie in der Lage sein wird, diesen Eid zu leisten. Es wird für das Gericht also immer unbewiesen bleiben, ob der Angeklagte Nebenod etwas schulda ist oder nicht.

* Der verordnete Biermarkt! Die in Karlsruhe erscheinende „Freie Stimme“ brachte dieser Tage im Inseratenteil eine Annonce, in welcher die Salvatorbräuerei Paulanerbräu in München den Verkauf ihres weltberühmten Salvatorbieres angeht, dessen Niederlage das Verdienst des Herrn Görns in „Sod“ in Konstanz hat. Das Inserat in der „Freien Stimme“ war,

damit es besser in die Augen fällt, mit einem Wibe geschmückt, das einem beliebigen König darsieht, der mit einem tauglichen König in der Hand schwingelnd am Papen des bekängigen Bierlaffes steht. In dieser Inseratengestaltung nimmt nun ein besonders feinfühler Leser der „Freien Stimme“ Anstoß. In Nr. 43 der „Fr. St.“ war folgendes zu lesen: „Von Wodener. In Nr. 41 der „Fr. St.“ findet sich ein Inserat von dem Besitzer des „Sod“ in Konstanz, in welchem er sein „Salvator-Bier“ empfiehlt. Die äußerliche Form des Inserates findet nicht unsern Beifall. Es ist da Dr. Martin Luther neben einem vollen Bierfaß lebend dargestellt. Obgleich der Betreffende ein großer Freund von gutem edlen Bier gewesen war, so hätte doch sein Bild auf diesem Inserat wegzubringen können nach unserer unmaßgeblichen Meinung. Wenn das Salvator-Bier gut ist, dann empfiehlt es sich dadurch selber; durch die Röhrenleitung wird es um kein Haar besser. Dem Dr. Martin Luther zur Bier-Kellerei zu verwenden, halten wir aus konfessionellen Rücksichten nicht für angebracht. Herr Görns von Konstanz würde nach unserer Ansicht besser tun, sein Bier nicht mit genanntem Bild, sondern wie die übrigen Inserate, einfach in Worten zu empfehlen. Getrunken würde dann nicht weniger.“ Der „Segauer Erzähler“ bemerkt zu dieser kritischen Epistel: Wir fürchten, die ehemaligen Paulanerbräuerei, die sich rühmen, von den guten Bieren das beste gebraut zu haben und diesen Ruhm auch urkundlich bezeugt erhalten, würden sich kolonnenweise im Saabe umbrechen, wenn sie wüßten, daß die „Fr. Stimme“ einen der ihrigen als den Dr. Martin Luther anspricht. Luther war gewiß ein berühmter Mann und mag manche Begehrtheit gehabt haben, in der Kunst des Bierbrauens ist er unseres Wissens aber nie besonders hervorgetreten, und es ist nicht schon von der „Fr. St.“, wenn sie das anerkannte Verdienst der Paulanerbräuerei auf diesem Gebiete zugunsten des Dr. Martin Luther dadurch zu schmälern sucht, daß sie den Dr. Luther schäblichweise in so nahe Beziehung zum „edlen Paulaner“ bringt. Die Redaktion der „Fr. Stimme“ kann von Glück sagen, daß sie in Wadlitzell und nicht in München liegt; dort hätte sie sich sicher auf ein kleines Haberfeldchen gefaßt machen müssen, denn ohne energische Gegenwehr ließe sich die frommen Biertrinker im Bayernland den Ruf ihrer Wadlitzeller gewiß nicht freilich machen.

* Konkurs. Ueber den Nachlaß der am 13. Oktober 1907 hier verstorbenen Witwe des Bildhauers Karl Friedrich Korman, Katharina geb. Dürr, wurde das Konkursverfahren eröffnet. Zum Konkursverwalter wurde K. A. Dr. Hartmann ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 18. März anzumelden. Prüfungstermin 26. März.

Stimmen aus dem Publikum.

Strassenbahnjammern.

Auf die in Ihrer geschätzten Zeitung vom 12. d. W. veröffentlichte Beschwerde möchte ich mir eine Erwiderung gestatten. Der Beschwerdebezügler empfindet es sehr unangenehm, wenn die elektrischen Wagen an den Haltestellen das Umstreifen des Publikums nicht abwarten, sondern davonfahren. Wer nun viel fährt, wird die Beobachtung gemacht haben, daß von sehr geringen Ausnahmen abgesehen, stets die weitaus größte Zahl der Strassenbahnpassagiere nicht umsteigt, die Umsteigenden also nur eine verhältnismäßig recht geringe Kinderheit bilden. Diese Kinderheit nun verlangt am Pfälzerhofe und anderswo, daß die Mehrheit sich die Verzögerung gefallen läßt, die durch das Warten auf Anschluß unabweisbar entsteht und wirkt gar die sehr energische Frage auf, ob die Strassenbahn für das Publikum da sei oder umgekehrt. Mannheim will einerseits Großstadt sein, läßt aber andererseits an Dingen fest, die durchaus keinen großstädtischen Eindruck machen. In keiner großen Stadt, man braucht nur nach Frankfurt zu gehen, um es zu konstatieren, wozu die elektrischen Wagen gegenständlich Anschluß ab, weil dies mit einem schnellen Verkehre einfach unvereinbar ist. Auf Schnelligkeit ist es aber bei der Einführung der Strassenbahn und namentlich der elektrischen in der Hauptsache abgesehen gewesen, nicht auf Bequemlichkeit und gerade in bezug auf schnelle Beförderung gab es in Mannheim zu klagen, woron zum großen Teile das Adwarten von Anschluß schuld ist.

Der tagtäglich von der Schweigingervorstadt nach dem Pfälzerhofe fährt, — es sind dies sehr viele Angestellte der Hofverwaltung — der nun manchmal sehr viel Selbstbeherrschung aufweisen, um nicht direkt wütend zu werden. Zatterfall: langer Aufenthalt, Anschluß vom Schloßhof, Wasserturm: langer Aufenthalt, Anschluß von der Redarbrücke, Pfälzerhof: Aufenthalt, Anschluß vom Schloß. Dazu gerade in den Stunden, in denen die meisten Leute fahren, früh und mittags, halberfüllt und überladene Wagen, jedoch man oft genug überpaßt nicht mitkommt. Und an jeder Haltestelle Ein- und Aussteigen einer zahlreicheren Kinderheit, was gerade nicht schnell geht. Aufenthalt, Aufenthalt und wieder Aufenthalt, und dabei nur 5 Minuten Dienst. Wie oft ist mir schon an der Ecke der Augustenstraße ein Wagen vom Schloßhof vor der Nase weggefahren und bin dann stets zu Fuß bis zur Börse, garnicht selten aber sogar bis zum Rheintore gekommen, ehe mich ein Wagen „Rheinstraße“ eingeholt hat. Ich gehe offen, daß diese Linie an mir jeden Monat mindestens 3 Mark mehr verdienen könnte, wenn sie mir in bezug auf Schnelligkeit einen annehmbaren Vorteil gegenüber dem Zufußgehen bieten würde. Unvergleichlich groß ist die Zahl derjenigen, die es gleich mir tun. Der Aufenthalt am Zatterfall mag noch zu rechtfertigen sein, weil dort sehr viele Leute umsteigen, ungeschickterweise ist aber meiner Ansicht nach der am Wasserturm, wo oft 20 und mehr Personen auf eine oder zwei von der Baumstraße kommende warten müssen. Auf die billige Beförderung der Schulkinder will ich jetzt nicht eingehen, obgleich es mir scheint, daß es besser sei, die Jugend nicht von früh an an überzogene Bequemlichkeit zu gewöhnen. Die Gefahren, die der Verkehr in Mannheim mit sich bringt, sind noch nicht so groß, daß den Schulkindern die gesunde Arbeit des Lernens entzogen werden müßte. Wenn sich erst der Verkehr in Mannheim weiter entwickelt, wird dies von selbst verhindern.

Wenn es also auch dem Einfahnder des Artikels unangenehm ist, daß ihm ein Wagen wegfährt, und wenn ich auch zugebe, daß dies namentlich bei schlechtem Wetter sein Vergnügen ist, so bin ich doch der Meinung, daß das nichtumsteigende Publikum auch ein Recht zu schneller Beförderung hat und daß es im Interesse der Stadt und seiner Steuerzahler liegt, das Publikum durch Schnelligkeit zur lebhaften Benutzung der Strassenbahn zu gewinnen. Schnelligkeit ist aber nicht durch Warten zu erzielen, sondern durch Fahren ohne Aufenthalt und in kurzen Zwischenräumen. Wie schon oben gesagt, empfehle ich, sich einmal die Strassenbahn in Frankfurt anzusehen, bei der das Fahren, Ein- und Aussteigen so schnell vor sich geht, daß ein an Mannheim Gewöhnter im ersten Momente ganz verblüfft ist. F. P.

Von Tag zu Tag.

— Ausgeliefert: Briefmarken. Paris, 28. Febr. Die schweizerische Gerichtsbehörde lieferte einen Zugführer aus, der in letzter Zeit wiederholt Briefsendungen aus dem Expresszuge Paris—Basel gestohlen hatte.

Gefängnisweiterei. Paris, 28. Febr. In Militärgefängnis zu Amiens weitterten die Sträflinge, zerstückten die Einrichtung der Werkstätte und bedrohten die Wärter. Gendarmen und Jäger mußten aufgebieten werden, um die Ordnung wieder herzustellen, aber die Weutterer ergaben sich erst, als sie mittelst der Feuerpistole gründlich bearbeitet worden waren.

„Die Wahrheit über die deutsche Expansion“.

In der Märznummer der Monatschrift „North American Review“ veröffentlicht der deutsche Botschafter Hr. Sped von Sternburg einen längeren Artikel, betitelt: „Die Wahrheit über die deutsche Expansion.“ Er widerlegt in demselben die von Zeit zu Zeit in Umlauf gesetzten Blättermeldungen, daß Deutschland Absichten auf die politische Integrität Hollands und Belgiens habe, und legt die wahren politischen Ziele Deutschlands auseinander.

In der Einleitung des Artikels bemerkt der Botschafter: „Besonders in den letzten zwei Jahren konnte die Beobachtung gemacht werden, daß eine Anzahl Blätter des westlichen Europas Nachrichten in Umlauf setzten, daß die Unabhängigkeit der beiden kleinen Staaten Holland und Belgien infolge des angeblich in Deutschland herrschenden Kriegespiritus und der Sucht nach Gebietsverweigerung bedroht sei. Die Redaktionen, auf die ich Bezug nehme, suchten auch das Interesse des amerikanischen Volkes durch die Behauptung zu gewinnen, daß die Absicht Deutschlands, die Niederlande zu erwerben, dem Ehrgeiz Deutschlands entspringe, Territorium in der westlichen Hemisphäre zu besitzen. Die Insel Curacao im Caribischen Meere wird als ständiger Gegenstand unserer Begehrlichkeit hingestellt. Sollte Deutschland, so wird ausgeführt, mit der Annexion der Niederlande Erfolg haben, so werden ihre Kolonien das Schicksal des Mutterlandes teilen.“

Weiter sagt dann der Botschafter: „Selbst solche Staatsmänner, welche die in die Augen fallende Tatsache nicht abzulugnen können, daß der Deutsche Kaiser ein eifriger Befürworter der Friedensbewegung ist, daß die deutsche Regierung seit 37 Jahren — das heißt seit dem großen nationalen Kampfe der Jahre 1870-71 — nach Frieden gestrebt hat und in der Richtung der Expansion weniger thätig gewesen ist als irgend ein anderes Land, daß die deutsche Nation keinen anderen Wunsch hat, als friedlich ihren eigenen Geschäften nachzugehen, — selbst solche Staatsmänner glauben oft oder geben sich den Anschein als glaubten sie, daß Deutschland trotz seiner Friedensliebe schließlich durch die Gewalt von Umständen oder der logischen Entwicklung zu einer Annexion Hollands und des nördlichen Teiles von Belgien werde gezwungen sein.“

Der Botschafter erklärt dann, daß es unwahr sei, daß koloniale Expansion für Deutschland eine notwendige Folge seines industriellen Wachstums sei. Deutschland brauche keine weiteren Kolonien. Was es verlange, sei freier Wettbewerb auf allen Meeren, die „offene Tür“ und das Recht, mit allen industriellen und kommerziellen Nationen als Gleichberechtigter an der Eröffnung neuer Weltmärkte mitzuwirken. Infolgedessen sei das Prinzip der offenen Tür das Zeitmotiv der auswärtigen Politik Deutschlands. Es sei der alte Faden, der sich durch die ostasiatische, die orientalische und die westafrikanische Politik des Deutschen Reiches ziehe. Der Botschafter weist dann nach, daß wirtschaftliche, strategische und politische Gründe sogar gegen eine Annexion Hollands spreche. So würde die Vereinigung mit Holland bewirken, daß dessen Reich in westlichen Deutschland das aus Ostdeutschland kommende dem Markte verdrängen würde, während Holland selbst keine Rohstoffe hervorbringe, die Deutschland benötige. Ebenso würde bei einer Annexion Belgiens die mächtige belgische Eisenindustrie dem gegnerisch durch Hölle geschützten deutschen Inlandmarkt zu erobern trachten. Daß die Rheinmündung holländisch sei, behaupte Deutschland nicht, da der Verkehr auf dem Strome frei sei und gemäß den Verträgen zwischen den beteiligten Staaten frei bleiben werde. Auch strategische Gründe sprächen dagegen. Die Armeen Englands und Deutschlands gegen Ludwig XIV. und Napoleon seien wohl auf niederländischem Boden ausgekämpft worden; aber wenn entgegen aller Erwartung der Friede auf dem Continente je bedroht werden sollte, liege Holland ganz abseits vom wahrscheinlichen Kriegsschauplatz. Daß Holland jemals an einer feindseligen Aktion gegen Deutschland sich beteiligen würde, könne nur von jenen angenommen werden, die von der Stammesverwandtschaft, dem historischen Zusammengehörigkeitsgefühl und den gemeinsamen Interessen beider Nationen keine Ahnung hätten. Abgesehen davon, daß die Annexion irgend eines Landes für die einzelnen Bundesstaaten den Anlaß bilden könnte, die Herbeiführung einer Neuorganisation des Bundesrates aufzustellen, seien es kulturelle und geistige, zur Tradition gewordene enge Beziehungen, welche die deutschen Annexionsgelüste zu einem weder in Holland noch in Belgien erlaubten Annexionsmärchen hampeln. Momentlich Deutschland und Holland besitzen eine gemeinsame Geistesgeschichte, und jedes Blatt der holländischen Geschichte zeige denselben unauflösbaren Fühlkreislauf, der auch die Deutschen befele. Der Artikel schließt dann die für Holland so ersprießliche Haltung Deutschlands in den Jahren 1814 und 1830 und in den schmerzlichen Jahren, als Napoleon III. wiederholt dem Fürsten Bismarck vorhielt, daß er sich um die inneren Angelegenheiten Deutschlands nicht kümmern wolle, wenn ihn in Belgien freier Spielraum gelassen würde. Ohne ein Sedon wäre Belgiens Unabhängigkeit verwirklicht gewesen. Die grundlose Furcht vor der Annexion sei vielleicht ein Nachklang der Jahre 1870-71, als Deutschland, vormals eine unantastbare Insel, plötzlich als mächtiges geeinigtes Reich stand und die Befürchtung eines Mißbruchs der neu gewonnenen Macht in vielen sich regte. Heute aber beständen solche Befürchtungen weder in Belgien noch in Holland, und die beste Widerlegung der behaupteten Annexionsgelüste sei die Tatsache, daß der deutsche Vopanz nicht „made in Holland oder Belgien“ sondern ein importierter Artikel sei.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Frankfurt a. M., 28. Febr. Das Bismarck-Denkmal für Frankfurt a. M., soll, wie das Denkmal-Komitee mitteilt, am 10. Mai dieses Jahres enthüllt werden.

Koburg, 28. Febr. In der hiesigen kath. St. Augustin-Kirche fand heute vorm. 11 1/2 Uhr die feierl. Trauung des Fürsten Ferdinand von Bulgarien mit der Prinzessin Eleonore Ruß-Görlitz durch den Pfarrer Elm statt. Als Trauzeugen fungierte Prinz Philipp von Sachsen-Coburg und die Prinzessin Marie von Ruß, anherdem waren die Prinzen Heinrich XXIV. von Ruß-Görlitz und Prinz Heinrich XVIII. von Ruß j. anwesend. Die Braut trug ein weißes Kleid

und Perlmantel, Hut und Schleier, der Fürst Offiziersuniform und das Band des Coburger Hausordens. Der Geistliche sprach über die Stelle aus dem Paulinischen Ephezerbriefe „Der Mensch soll Vater und Mutter verlassen usw.“ Um 10 Uhr erfolgte die Rückkehr nach Gera.

Budapest, 28. Febr. In einer Sitzung des ungarischen interparlamentarischen Komitees erklärte Graf Apponyi, daß Ungarn auf der nächsten interparlamentarischen Konferenz in Berlin, zahlreicher als je erscheinen müsse, und schlägt eine bessere, dem Zahlenverhältnisse der Mitglieder entsprechende Bildung der Versammlungen vor.

Lissabon, 28. Febr. Hier verlautet wiederholt, daß keine Proklamation des Königs in der hergebrachten Form stattfinden werde. Die Ceremonie werde sich auf die Ratifikation des vom König vor den Ministern der Regierung abgelegten Eides vor den Korbes beschränken.

Rio de Janeiro, 28. Febr. Der Präsident Peund bestätigt die vom Kongress bewilligte Zulassung von Weinen, die 200 mg. Sulfat pro Liter enthalten.

Buenos Aires, 28. Febr. Der Landwirtschaftsminister erklärte die Behauptung, daß argentinisches, nach England ausgeführtes Fleisch tuberkulös befallen worden sei, als unrichtig. Die argentinische Fleischkontrolle sei ungemein streng; der gesundheitliche Zustand des argentinischen Schlachtviehs ausgezeichnet.

Aus der hessischen Kammer.

Darmstadt, 28. Febr. Die 2. Kammer begann heute die Beratung des Budgets für 1908, welche längere Zeit in Anspruch nehmen wird.

Darmstadt, 28. Febr. In der 2. Kammer verlas der Präsident ein Schreiben des Koburger Landtags, worin dieser erklärt, mit rogem Interesse die Verhandlungen über das neue Reichsvereins- und Versammlungsgesetz im hessischen Landtage verfolgt zu haben. Der Koburger Landtag habe einstimmig eine Resolution angenommen, daß den Staaten, welche eine Vereins- und Versammlungsfreiheit besitzen, diese vom Reiche nicht beeinträchtigt werden dürfe. Der Präsident teilte weiter mit, daß ein von fast sämtlichen Abgeordneten unterzeichneter Antrag eingeleitet sei, der folgenden verlange: Die 2. Kammer wolle die Großh. Regierung ersuchen, die hessischen Bevollmächtigten beim Bundesrate zu beauftragen, im Bundesrate mit aller Energie dahin zu wirken, daß die im Großherzogtum Hessen gewährleistete Vereins- und Versammlungsfreiheit durch den im Reichstage zur Beratung stehenden Gesetzentwurf nicht beeinträchtigt und verkürzt wird, mindestens aber darauf zu dringen, daß durch einen Zusatzparagraphen die bisher im Großherzogtum Hessen bestehenden Zustände bezgl. des Vereins- und Versammlungsfreiheit erhalten bleiben.

Fürst Bülow und die Enteignungsvorlage.

Berlin, 28. Febr. In einem Berliner Stimmungsbilde über die gestrige Herrenhausung, der übrigens auch der Kronprinz wieder beivohnte, schreibt die „Köln. Ztg.“:

„Wald drängen sich die Freunde der Vorlage um den Fürsten Bülow, um ihn zu diesem Erfolg zu beglückwünschen. Denn diese Abstimmung ist wirklich ein politischer Erfolg, weil sie die Zustimmung der Reichstagsmitglieder zu dem Reichsvereins- und Versammlungsgesetz darstellt, auf dem Fürst Bülow so viel sein kann. Wenn man sich all dieser Schwierigkeiten erinnert, dann kann der spätere Erfolg nicht anders als ein glänzender sein. Die Freunde der Vorlage sind im Reichstag sehr zahlreich, wie er in der vorigen Bundtagsperiode nach jähem Verluste wurde, wie er durch die große Anwesenheit der Abgeordneten durch die Spitze und die Charaktere der konservativen wie liberalen Mitglieder dargestellt wurde und dann in des Herrenhauses erster Sitzung den so heiklen Stoff erfuhr, wie ängstlich die Freunde der Vorlage dann die Kommissionsverhandlungen des Herrenhauses verfolgten und die Bemühungen, eine Basis der Verständigung zwischen den beiden Häusern des Landtags zu schaffen, — wenn man sich all dieser Schwierigkeiten erinnert, dann kann der spätere Erfolg nicht anders als ein glänzender sein. Die Freunde der Vorlage sind im Reichstag sehr zahlreich, wie er in der vorigen Bundtagsperiode nach jähem Verluste wurde, wie er durch die große Anwesenheit der Abgeordneten durch die Spitze und die Charaktere der konservativen wie liberalen Mitglieder dargestellt wurde und dann in des Herrenhauses erster Sitzung den so heiklen Stoff erfuhr, wie ängstlich die Freunde der Vorlage dann die Kommissionsverhandlungen des Herrenhauses verfolgten und die Bemühungen, eine Basis der Verständigung zwischen den beiden Häusern des Landtags zu schaffen, — wenn man sich all dieser Schwierigkeiten erinnert, dann kann der spätere Erfolg nicht anders als ein glänzender sein.“

Attentat auf den Schah von Persien.

London, 28. Febr. R.T.B. Aus Teheran wird gemeldet: Gegen den Schah von Persien wurden 2 Bomben geworfen. 3 Vorreiter wurden getötet, der Chauffeur des Schahs und 20 Personen verletzt. Der Schah selbst blieb unverletzt.

Deutscher Reichstag.

w. Berlin, 28. Febr.

Am Bundesratstische: Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.

Ohne Debatte werden zwei Berichte der Geschäftsordnungs-Kommission entgegengenommen und die Zusage der Annahme des Abg. Schefke's beim Amtsgericht Straßburg abgelehnt. Ferner wird die vom Abg. Held (noll.) nachgesuchte Genehmigung zur Einleitung eines Strafprozesses gegen sich selbst erteilt.

Darauf wird die Beratung über den Keinen Beschäftigungsnachweis fortgesetzt.

Malkewitz (konf.) dankt dem Staatsminister des Innern für die Uebersetzung der Denkschrift betr. Zusammenstellung der Wirkungen der Gewerbeordnungsnovelle vom Jahre 1907. Die Behauptung als ob er die Nationalliberalen anzuwärtigen und ihre Gutmüthigkeit herabsetzen wolle, sei vollständig unzutreffend.

Cuno (Zri. Volksp.) führt aus, daß er bei der Vorlage nicht von der Auffassung ausgegangen sei, als ob sie eine politische Bedeutung habe und die Rückkehr zum Junktortum und zum allgemeinen Beschäftigungsnachweis einseite. Allerdings erlaube ihm im Interesse der Heranbildung eines tüchtigen Nachwuchses im Handwerke eine bessere Regelung der Vorbildung der Lehrlingen wünschenswert. Redner hofft schließlich, daß die Vorlage in der Kommission so arrangiert werde, daß die Zustimmung der Partei möglich sei.

Böding (Zri.) legt dar: In den Kreisen der Handwerker seien Wünsche laut geworden, daß eine öffentliche Handwerker-Ausstellungsstelle geschaffen wird, dort würde jeder Auftraggeber erfahren können, ob er es mit einem geprüften Meister zu tun hat. Dies würde gewiß ein Ansporn zur Ablegung der Meisterprüfung sein. Die Wahlen zur Handwerkskammer sollten den Verhältnissen der Neuzeit entsprechend reformiert werden und es sollte nicht länger großen Gruppen die Möglichkeit der Einflusnahme auf die Zusammenfassung der Handwerkskammern abgeschnitten werden. Redner geht dann die Stellung der einzelnen Parteien zu der Vorlage durch und meint dem Abgeordneten Abrecht gegenüber, er solle doch den Handwerkern zutrauen, daß sie wüßten, ob diese Vorlage dem Handwerke Vorteil bringe. Die Einzelstaaten hätten für das Handwerk schon erhebliche Opfer gebracht, und seine Fortentwicklung wolle den Keinen Beschäftigungsnachweis nicht, um sich die Konkurrenz, sondern um sich die unerlaubte und unsoliden Schutzkonkurrenz vom Leibe zu halten.

Nach einer kurzen Rede des Abg. Schefke (Zri.) gegen Lehmann-Bieschaden (Soz.) wegen der Lehrlingszählerei im Bädergewerbe, wird die Vorlage an eine 24gliedrige Kommission überwiesen.

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfs betr. Herstellung von Zigarren in der Hausindustrie in Verbindung mit der Abänderung der Gewerbeordnung.

Aus dem Großherzogtum.

Stillingen, 28. Febr. Schlachthausverwalter Ludwig Stöber hier wurde, wie bereits kurz gemeldet, gestern abend wegen Veruntreuung amtlicher Gelder auf Anordnung des Bürgermeisters verhaftet und ins Aufgefängnis abgeführt. Da in den letzten Tagen Gerüchte umliefen, Stöber nehme Schlachtgebühren ein, ohne sie zu verbuchen und verabsorge Luwitungstälern, wurde vom Bürgermeister eine Untersuchung eingeleitet, welche zunächst ergab, daß von 215 Mark, die nach den Talons in der Klasse sein sollten, nur 68 Mark vorhanden waren. Stöber gestand denn auch zu, den Differenzbetrag von 147 Mark für sich verwendet zu haben. Außerdem wurde aus den Akten festgestellt, daß im Monat Februar für 72 Stück Vieh Schlachtgebühren gebucht waren. Stöber gab zu, für die weiteren 17 Tiere die Schlachtgebühren mit je 8 Mark, also 136 Mark, vereinnahmt und nicht verrechnet zu haben. Aufgrund dieses Tatbestandes wurde die 19jährige Verhaftung angeordnet und dem Großh. Amtsgericht Anzeige erstattet. Stöber hat eine Frau mit 7 kleinen Kindern. Nach vorläufigen Feststellungen soll Stöber über 2000 Mark schwebende Schulden haben, denen fast keine Vermögenswerte gegenüber stehen. Wie weit seine Vermögensgegenstände bei den Schlachtgebühren zurückzuführen, kann erst an der Hand der früheren Akten festgestellt werden, die schon an die Steuerbehörde ausgeliefert worden sind.

Gerichtszeitung.

Mannheim, 27. Febr. Strafkammer III. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Wengler. Vertreter der Staatsbehörde: Assessor Geisler.

Die Ehefrau Mathias Weiser in Weinheim soll am 23. November vor. Jrs. verhaftet haben, mit einem falschen Schlüssel dem Kohlenkeller einer Hausgenossin einen Besuch abzustatten. Die Richter sahen, sie habe die Angeklagte dabei überrascht. Bei der totalen Finsternis, die zur kritischen Zeit in dem Keller herrschte, hält das Gericht die Wahrnehmungen der Frau Richter nicht für ganz zweifelhaft und spricht die Angeklagte frei.

Seinem Dienstherrn, dem Wiltshändler Christian Benz in Großhesselohe, entwendete der Diebstahlschreck Friedrich Badermann aus Neisach am 14. Dezember vor. Jrs. ein Faß Wein im Werte von 30 Mark aus dem Keller. Man erkennt auf 3 Monate Gefängnis.

Mit einem Aufschneide, der die nochgemachte Unterschrift von Ludwig Hedmann trug, suchte sich der 17 Jahre alte Hebräer-Matthias Behold aus Redarhausen am 13. Juli vor. Jrs. bei Wirt Verlinghof in Sodenheim 10 Flaschen Bier zu erschwindeln. Behold wird zu 1 Woche Gefängnis verurteilt.

Am 8. Oktober wurde in Sodenheim der 31 Jahre alte Tagelöhner Jakob Brenner von einer Rolte Burschen, unter denen er die Bahnarbeiter Friedrich Pfister und Adam Bietter, den Zigarrenmacher Franz Schopf und den Tagelöhner Jakob Kiskan zu erkennen glaubte, überfallen und schwer mißhandelt. U. a. empfing er eine schwere Stichwunde in den Rücken, die ihm nach dem Leben geföhrt hätte. Da seiner seiner vier Gagner als Stöcher überführt werden konnte, so wurde vom Schöffengericht Schwesingen jeder zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Alle vier legten Berufung ein und erzielten Erfolg. Pfister (Verteidiger: Rechtsanwalt Meisch) und Schopf (Vert.: R. A. Dr. Hirschler) wurden freigesprochen, Kiskan Strafe auf 3 Wochen, jene Kettlers (Vert.: R. A. Dr. Eberthheim) auf 2 Monate ermäßigt.

P. Ludwigshafen, 28. Febr. Vor dem hiesigen Schöffengericht standen gestern wieder zwei Mißbräutereien, welche verurteilt wurden. Die Ehefrau des Abjunkten Raab von Mutterstahl (des obersten Polizeibeamten des Ortes) wurde zu 60 W. Geldstrafe, die Ehefrau des Aderers Franz Schalk von Maudach zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Hochschule für Musik in Mannheim. Die Vorträge über Musikgeschichte nehmen nun an den Sonntagen wieder ihren Fortgang. Der nächste Vortrag, der 16. im laufenden Unterrichtsahre, findet Sonntag, den 29. Februar, 7 Uhr, statt. Herr Kapellmeister Blas, der nunmehr im vierten Jahre musk-wissenschaftliche Vorträge hält wird zunächst behandeln: „Joseph Haydn im 18. Jahrhundert“. Die nach Ostern stattfindenden Vorträge sind der Zeit 1800-1850 gewidmet und schließen mit Richard Wagner ab.

Dollwirtschafft.

Badische Ackerbau-Gesellschaft S. O., Mannheim. Der Aufsichtsrat der Badischen Ackerbau-Gesellschaft S. O. Mannheim, hat beschlossen, der Generalversammlung für das Jahr 1907 die Verteilung einer Dividende von 87,50 M. pro Aktie, wie im Vorjahre, vorzuschlagen.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Kapellmeister Böhlig und achtzehn Stuttgarter Musiker verunglückt. Der „Schwab. Merk.“ erzählt aus den letzten eingetroffenen amerikanischen Zeitungen, daß Kapellmeister Karl Böhlig und sein Orchester am 13. Febr. auf der Fahrt von Wilmington nach Philadelphia von einem schweren Eisenbahnunglück betroffen worden sind.

Aus der Gelehrten-Welt. Professor Robert Koch beabsichtigt, anfangs April wieder eine größere Reise über Nordamerika nach Japan anzutreten, die ihn ein halbes bis ein ganzes Jahr fernhalten wird und seiner Erholung dienen soll. Seine Gattin wird ihn dabei begleiten.

Über alte und neue Porzellanstätten. Nicht kürzlich Professor Dr. Graul, Direktor des Kunstgewerbemuseums zu Leipzig, im Verein für deutsches Kunstgewerbe in Berlin einen Vortrag, über den die „Voss. Zig.“ in folgender Weise berichtet: Während sonst im 18. Jahrhundert die Kunst in Deutschland gegen Frankreich und England zurückblieb, spielte sie eine Zeit lang in der Kleinplastik des Porzellans die erste Rolle.

Der Verein Mannheimer Banken und Bankiers befaßte sich gestern nachmittag mit der von Berlin aus angeregten Vereinbarung über die Erhöhung der Minimal-Akzeptprovision auf 1/4 Prozent. Die Erhöhung wurde gutgeheißen und genehmigt und zwar unter der Voraussetzung, daß sich auch die anderen süddeutschen Plätze, wie namentlich auch Frankfurt, dem Vorgehen der hiesigen Banken und Bankiers anschließen würden.

Volkswirtschaft.

Der Verein Mannheimer Banken und Bankiers befaßte sich gestern nachmittag mit der von Berlin aus angeregten Vereinbarung über die Erhöhung der Minimal-Akzeptprovision auf 1/4 Prozent. Die Erhöhung wurde gutgeheißen und genehmigt und zwar unter der Voraussetzung, daß sich auch die anderen süddeutschen Plätze, wie namentlich auch Frankfurt, dem Vorgehen der hiesigen Banken und Bankiers anschließen würden.

Der Privatdiskontsatz hat in den letzten Tagen auf 4 1/2 Prozent angezogen, wohl als Folge des gegen Ende des Monats immer härter auftretenden Geldbedarfs. Das Wechselangebot hält sich aber in mäßigen Grenzen.

Die Frankfurter Börse eröffnete heute bei geringer Geschäftsbeteiligung und ziemlich behaupteter Tendenz. Oesterreichische Werte auf Wien fest. Der Rentenmarkt zeigte bei Beginn im Zusammenhang mit der Vereinfachung des Geldmarktes referierte Haltung. Der Rentenmarkt brachte ebenfalls geringe Veränderung.

Die Berliner Börse eröffnete nicht einheitlich. Bergwerksaktien waren matter. Hüttenaktien waren unregelmäßig. Renten waren zumeist 1/2 Prozent gegen gestern höher. Dresdner Bank und A. Schaaffhausen'scher Bankverein waren schwächer.

V. Von der Frankfurter Börse. Gestern gelangten an der hiesigen Börse 19 zusammengelegte Aktien der Düsselborger Nahrungsmittel-Fabrik vorm. Dürr u. Co. zur öffentlichen Versteigerung. Die Kurse, zu denen sie erstanden wurden, bewegten sich zwischen 52, 55, 58 1/2 und 60 Prozent. Eine öffentliche Notierung war schon seit Monaten nicht mehr erfolgt.

Vereinigte Doppelhahler Eisenhütten Zeuge u. Spies, Aktien-Gesellschaft, Darmen. Unter Mitwirkung des Barmer Bankvereins und der Elberfelder Bankfirma Wilschows wurde unter der Firma Vereinigte Doppelhahler Eisenhütten Zeuge und Spies, Aktien-Gesellschaft mit dem Sitz in Darmen eine neue Gesellschaft mit 1,900,000 Mark Grundkapital, eingeteilt in 1,450,000 Mark Vorkasse- und 450,000 Mark Stammaktien, eingezogen.

Vereinigte Doppelhahler Eisenhütten Zeuge u. Spies, Aktien-Gesellschaft, Darmen. Unter Mitwirkung des Barmer Bankvereins und der Elberfelder Bankfirma Wilschows wurde unter der Firma Vereinigte Doppelhahler Eisenhütten Zeuge und Spies, Aktien-Gesellschaft mit dem Sitz in Darmen eine neue Gesellschaft mit 1,900,000 Mark Grundkapital, eingeteilt in 1,450,000 Mark Vorkasse- und 450,000 Mark Stammaktien, eingezogen.

Emil Seelig, Aktiengesellschaft, Heilbronn a. N. Der „Fris. Zig.“ wird aus Heilbronn a. N., 26. ds. Mts. geschrieben: Das Unternehmen (Fabrik von Eisenerz, Kaffee und Sarragosin etc.) erzielte in 1906-07 einen Bruttogewinn von Mark 424,652; die Gesamtkosten erforderten dagegen Mark 462,154; dazu kommt noch ein Ausfall von Mark 24,209 (Mark 22,045), den die Aktie St. Peter zu decken hat, wonach bei Mark 28,774 (i. R. M. 24,438) für Abschreibungen und Mark 1,200 für Lantime an den Aufsichtsrat unter Verwendung des Reichtums der Reserven von Mark 6819 und eines Gewinnes an Patenten eine Unterbilanz von Mark 78,632 sich ergibt (i. R. wurden Mark 44,220 Verlust aus der Reserve gedeckt).

Wäntzenberg'sche Baumwollspinnerei und Weberei bei Eßlingen. Die Gesellschaft hat mit dem verlaufenen Jahr ihr fünfzigstes Betriebsjahr vollendet, das wie der Vorstand in seinem Bericht betont, im Ergebnis und Geschäftsjahre weitens das beste gewesen sei und selbst die guten Jahre 1862, 1869 und 1871 überholt habe. Nach 92,850 Mark (92,221 M.) Abschreibungen ergab sich ein Reingewinn von 602,248 M. (410,608 M.) einschließlich 30,000 M. (70,000 M.) Vortrag. Es sollen 15 Proz. (11 1/2 Prozent) Dividende verteilt, 60,000 Mark zu außerordentlichen Abschreibungen auf Maschinen und Geräte verwendet, Mark 51,340 M. Aufsichtsratsanteilem gegolten, 60,000 für Unterhaltungsarbeiten und Mark 45,000 für Jubiläumsgaben verwendet werden. Auf neue Rechnung werden 70,806 M. vorzutragen. In der Bilanz stehen Fabrikgebäude mit 9,74 Millionen (6,68 Millionen), Maschinen und Geräte mit 1,07 Mill. (1,07 Mill.). Vorräte sind mit 481,912 M. (679,761 M.) bewertet, Kupferfunde mit 865,050 M. (400,421 M.). Kreditoren hatten nur 52,474 Mark (55,016 M.) zu fordern. Bei 2,30 Mill. Mark Aktienkapital enthielten die Reserven 669,400 M. Die Ausschüßen für das Jahr 1906 wurden als gute bezeichnet.

Konvention der deutschen Kleiderfabrikanten. Aus Würzburg wird berichtet, daß die dort stattgehabene Generalversammlung des Verbandes süddeutscher Kleiderfabrikanten folgende Resolution einstimmig angenommen hat: Der Verband süddeutscher Kleiderfabrikanten begreift die Schaffung einheitlicher Zahlungsbedingungen in der deutschen Herrenkonfektion mit Freude, unter der Voraussetzung, daß genügende Sanktionen geschaffen werden, damit Umgehungen in jeder Form verhindert werden.

Getreide-Importhaus Metz Schmalz in Kassel. In der Gläubiger-Versammlung wurde festgestellt, daß die Passiven 1,850,000 Mark betragen, denen an Aktiven 1,700,000 Mark, also nur ca. 18 Prozent gegenüberstehen. Die Forderungen der deutschen und amerikanischen Verwandten des Gemeinshalters betragen sich auf 650,000 Mark. Für den Fall, daß ein außergerichtlicher Vergleich zu Stande kommt, wollen die Verwandten auf ihre Forderungen verzichten. Das dem Schuldner bisher bewilligte Moratorium wurde um acht Tage verlängert.

Vom Rheinisch-Westfälischen Kohlenbäuf. Aus Kreifen der Zechenbesitzer verlautet, daß der Ausschuß des Kohlenbäufes in der morgigen Sitzung eine Einschränkung der Kohlenförderung um 10 Prozent der Beteiligungssiffern beantragen wird.

Kaiser-Branderei, Aktiengesellschaft in Charlottenburg. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 5 Prozent fest. Ueber das Geschäft im laufenden Jahre berichtete die Direktion, daß es sich im Januar nicht so gut angelassen habe wie im

Vorjahre. Im Februar habe sich indes der Absatz wieder gehoben. In der Versammlung vertraten 12 Aktionäre ein Kapital von 550,000 Mark.

Hamburg-Bremer Feuer-Versicherungsgesellschaft Hamburg. Der Abschluß dieser Gesellschaft für das Jahr 1907 liegt uns vor. Man dürfte nach dem Verlust aus der San Francisco-Brand-Katastrophe auf diesen Abschluß gespannt sein. Die Gesellschaft hat alle guten Erwartungen, die man auf sie setzte, gerechtfertigt. Obgleich die Gesellschaft das Geschäft in den Staaten Kalifornien, Nevada, Utah und Arizona abgebrochen und durch diese freiwillige Einschränkung des amerikanischen Geschäfts die dortige Prämieinnahmen um 1,141,634 Mark abgenommen hat, hat die Gesamtprämieinnahme trotz dieses Ausfalls um rund 280,000 Mark zugenommen. Die Verwaltungskosten haben sich von 3,381,130 M. im Jahre 1906 auf 2,960,338 M. im Jahre 1907, also um 420,792 Mark vermindert. Der Gewinn von Mark 519,005 Mark (i. R. 3,324,260 M. Verlust) wird in folgender Weise zu verwenden vorgeschlagen: Reservfonds 330,706 M., Tantien 8419 M., 4 Prozent Dividende 113,781 M., Vortrag auf neue Rechnung 16,188 Mark.

In der gestrigen Generalversammlung der Großen Berliner Straßenbahn erklärte Direktor Dr. M. de, es sei ein Verrium, daß die Stadt Berlin berechtigt sei, auf Grund der abgeschlossenen Verträge den Betrieb am 1. Januar 1920 zu übernehmen. Der Betrieb der Gesellschaft sei von der Behörde vorbehaltlich und bedingungslos bis 1. Juli 1920 zu übernehmen, außer der Verpflichtung, auch mit den Nachbargemeinden einen diesbezüglichen laienenden Vertrag abzuschließen, was geschehen sei. Es sei noch nicht festgestellt, daß der Vorkörper im Reichsbild Berlin am 1. Jan. 1920 in Besitz der Stadt übergeben werde. In der Diskussion führte der Vorsitzende, Geheimrat Arnhold, aus, er hoffe auf eine Verständigung mit der Stadt, doch sei der gebotene Kurs von 100 Prozent entschieden zu niedrig, da die Aktien an der Börse mit 175 Prozent gehandelt werden. Die Verwaltung der Straßenbahn habe der Stadt übergeben kein Angebot gemacht. Die Verwaltung habe bei den Verhandlungen kein Hehl daraus gemacht, daß von einer Prozentigen Rente keine Rede sein könne. Sie hoffe, daß die Rentabilität der Bahn in den nächsten Jahren wieder steigen werde. Es sei deshalb ein Anteil von 5 Prozent an dem über 8 Prozent hinausgehenden Reingewinn gefordert worden. Ministerialdirektor Rickert führte aus, die zwischen Oberbürgermeister Rickert und ihm geführten Verhandlungen behufs Herbeiführung einer Verständigung auf allgemeiner Grundlage hätten zu einem Ergebnis nicht geführt, da die der Straßenbahn-Gesellschaft gemachten Angebote für diese völlig unannehmbar waren. Sein Rides, Gegenvorschlag sei davon ausgegangen, daß das Unternehmen selbständig bleibe; es sollte eine Art Interessengemeinschaft in Aussicht genommen werden, bei der die Stadt für das Opfer und das Risiko, das die Gesellschaft hierbei übernehmen wolle, der Straßenbahn ihren gegenwärtigen Bestand, 8 Prozent Rente und eine Beteiligung an dem darüber hinausgehenden Reingewinn gewährleisten sollte.

Kopenhagener Grundbesitzerbank. Wie gemeldet wird, will eine Gruppe von Aktionären der Kopenhagener Grundbesitzerbank, die auf Grund des Prospektes im Jahre 1905 gegründet wurde, die Direktion und den Aufsichtsrat für ihre Verluste verantwortlich machen.

Neues vom Dividendenmarkt. Maschinenfabrik C. Blum und Sohn in Bromberg 7 1/2 Prozent.

Die Dividende der Hamburg-Amerika-Linie wird mit 6 Prozent gegen 10 Prozent im Vorjahre vorgeschlagen. Nach den Ausstellungen der Verwaltung im Prospekt zu den neuen Raketenaktien war ein entsprechender Dividendenrückgang bereits erwartet worden; die Schätzungen zu Anfang des Jahres hatten auf 6 bis 7 Prozent gelaufen.

Vom Rücklauf der Gotthardbahn. Bei den bisherigen Verhandlungen über den Rücklauf der Gotthardbahn ergaben sich in drei Punkten Differenzen (ungenügender Zustand der Bahnanlagen, Reinertrag der Bahn als Basis für die Werberechnung der Aktien und Besitz der Hilt- und Pensionen). Die Differenzen sind so groß, daß man in Bundeskreisen mit einem Prozeß vor dem Bundesgericht Lausanne rechnet, das als einzige in der Konzeption vorgeschlagene Behörde zu entscheiden hat.

Neue Insolventen. Die Leberfirma Emil Grube in Hamburg befindet sich in Zahlungsunvermögen. Die Passiven sollen sich auf Mark 300,000 belaufen. — Die Anstalts-Konfektions-Fabrikator Faber & Co. in Berlin meldet sich an ihre Gläubiger. Die Verbindlichkeiten betragen, wie der „Gaz.“ mitteilt, Mark 150,000, denen an Aktiven etwa Mark 30,000 gegenüberstehen. Es wird ein außergerichtlicher Vergleich von 25 Prozent geboten. — Die Fischereifabrik W. Lindenberg in Altona stellte ihre Zahlungen ein. Sie bietet 25 Prozent. — Die Holzgroßhandlung und Dammsägewerk W. Grube in Lübeck ist insolvent. — Die Inhaber der Manufaktur- und Modewarenfirma S. Kossau & Co. in Göttingen und Leopold Weiss in Essen (Ruhr), sind in Konkurs geraten. Die Passiven betragen Mark 190,000.

Ausfuhrvergütung des Stahlwerkbundes. Der Stahlwerkbund beschloß, die Ausfuhrvergütung für sämtliches Heilzeugmaterial, also auch für barres, zu gewähren. Bisher wurde sie nur für weiches Holzzeug gewährt.

Neue Betriebsgemeinschaft. Der seit zwei Jahren in der Fahrt von New York nach Beständen zwischen der Hamburg-Amerika-Linie und Royal Mail Line bestehende Konkurrenzkampf ist durch eine Verständigung beigelegt worden, durch welche zwischen beiden Gesellschaften für diese Fahrt eine Betriebsgemeinschaft geschaffen wird.

(Telegraphische Handelsberichte siehe 6. Seite.)

Frankfurter Effektenbörse.

Telegramme der Continental-Telegraphen-Gesellschaft.

Schluß-Kurse.

Reichsbank-Diskont 6 %

Wechsel.

Table with exchange rates for various locations: Amsterdam, Berlin, London, etc.

Aktien deutscher und ausländischer Transport-Ankaten.

Table with stock prices for various companies: Sächs. Bergbau, Ostb. Bergbau, etc.

Table with 4 columns: Staatspapiere, A. Deutsche, 27, 28, 27, 28. Lists various government securities and their prices.

Table with 4 columns: Aktien industrieller Unternehmungen, 27, 28, 27, 28. Lists shares of industrial companies.

Table with 4 columns: Pfandbriefe, Prioritäts-Obligationen, 27, 28, 27, 28. Lists mortgage bonds and priority obligations.

Table with 4 columns: Bank- und Versicherungs-Aktien, 27, 28, 27, 28. Lists bank and insurance shares.

Table with 4 columns: Mannheimer Effektenbörse vom 28. Februar. (Offizieller Bericht). Lists stock market data for Mannheim.

Table with 4 columns: Renten, 27, 28, 27, 28. Lists annuities and their prices.

Table with 4 columns: Aktien, 27, 28, 27, 28. Lists various stocks and their prices.

Table with 4 columns: Berliner Effektenbörse. Berlin, 28. Februar. (Schlusskurs). Lists Berlin stock market closing prices.

Table with 4 columns: Pariser Börse. Paris, 28. Februar. Schlusskurse. Lists Paris stock market closing prices.

Table with 4 columns: Londoner Effektenbörse. London, 28. Febr. (Telegr.). Schlusskurse der Effektenbörse. Lists London stock market closing prices.

Table with 4 columns: Berliner Produktenbörse. Berlin, 28. Februar. (Telegramm). (Produktenbörse). Lists Berlin commodity market prices.

wohl schon fest, daß eine neue Anleihe kommen muß. Man wird nicht etwa wieder zu der Ausgabe von Schatzanweisungen greifen, sondern dem Markte eine regelrechte 4proz. Anleihe anbieten. Ueber die vorläufige Höhe läßt sich heute etwas Bestimmtes noch schwerlich sagen. Es hat indessen ganz den Anschein, als ob die Erwartungen hierüber viel zu weit gehen und man sich vielmehr in dieser Beziehung eine gewisse Mäßigkeit auferlegen will, soweit dies eben möglich ist. Auch über den Zeitpunkt der Emission lassen sich bestimmte Angaben noch nicht machen; aber man wird vielleicht lt. 'Hrff. Bg.' nicht fehl gehen, wenn man annimmt, daß die Anleihe nicht vor Ende April, vorläufiglich sogar erst im Mai, kommen wird.

* Köln, 28. Febr. In der heutigen Generalversammlung der Rheinisch-Westfälischen Bodenkreditbank in Köln wurde lt. 'Hrff. Bg.' die Dividende auf 8 Prozent, wie im Vorjahr, festgesetzt.

* Köln, 28. Febr. Der Aufsichtsrat der Niederrheinbahn schlägt lt. 'Hrff. Bg.' 1/2 Prozent Dividende vor.

* München, 28. Febr. Nach dem in der gestrigen Aufsichtsratsitzung der Bayerischen Handelsbank vorgelegten Abschluß beträgt der Jahresgewinn für 1907 M. 3 584 994 (gegen M. 3 058 513 lt. V.). Der am 27. März stattfindenden Generalversammlung soll die Verteilung einer Dividende von 8 Prozent vorgeschlagen werden. Zur Deckung des aus der Liquidation aus der Vermögensseite zu erwartenden Ausfalls wurden unter Berücksichtigung der bilanzmäßigen Reserve außerordentliche Abschreibungen von 450 000 M. gemacht.

* M. Glabach, 28. Febr. Die Spinnerei Lamber & Co. in M. Glabach schlägt lt. 'Hrff. Bg.' 14 Prozent (lt. V. 6 Prozent) Dividende vor.

* Basel, 28. Febr. Der Schweizerische Bankverein in Basel erzielte lt. 'Hrff. Bg.' einen Reingewinn von 6 010 505 Frank (lt. V. 6 012 633). Die Dividende beträgt 8 Prozent wie im Vorjahr.

* Zürich, 28. Febr. Die Schweizerische Kreditanstalt in Zürich beantragt lt. 'Hrff. Bg.' die Verteilung einer Dividende von 8 Prozent, wie im Vorjahr.

* Bochum, 28. Febr. Der Bochumer Verein für Bergbau und Hüttenbetrieb auf lt. 'Hrff. Bg.' auf den 2. April eine außerordentliche Generalversammlung zum Behufe der Aufhebung der Aufnahme einer Anleihe bis zu 10 Millionen zum Ausbau des Grubenfeldes Teuteburgia und für sonstige Anlagen. Bekanntlich hat die Gesellschaft durch den im Jahre 1904 erfolgten Verkauf ihrer Grubenanteile, Marianna, Anna und Steingang ihren Besitz an Steinbohlenbergwerken stark vermindert.

* Berlin, 28. Febr. Der Berliner Bergwerksverein schlägt lt. 'Hrff. Bg.' 30 Prozent wie im Vorjahr vor.

* Berlin, 28. Febr. Der Aufsichtsrat der Berlin-Frankfurter Gummitwarenfabrik hat lt. 'Hrff. Bg.' der am 1. April stattfindenden Generalversammlung nach reichlichen Abschreibungen die Verteilung einer Dividende von 9 Prozent, wie im Vorjahr, vorgeschlagen beschlossen.

Ueberlebende Schiffs- und Segelwerke. New-York, 16. Febr. (Drahtbericht der White Star Line Southampton). Der Schnelldampfer 'Walpole' am 19. Februar von Southampton ab, ist heute um 9 Uhr mittags hier angekommen. Wingerter durch das Kohlen- und Steinkohlen- und Eisen- und Stahlfabrikanten in Mannheim, Bahnhofplatz Nr. 1, direkt am Hauptbahnhof.

Table with 4 columns: Marx & Goldschmidt, Mannheim. Telegramm-Adresse: Wargold, Fernsprecher: Nr. 56 und 1637. 28. Februar 1908. Provisionsfrei. Lists various companies and their shares.

Verantwortlich: Für Politik: Dr. Fritz Goldschmidt; für Kunst, Belletristik und Vermischtes: Alfred Becken; für Lokal-, Provinziales u. Bericht: Alfred Becken; für Volkswirtschaft u. den übrigen redaktionellen Teil: Fritz Goldschmidt; für den Inseratenteil und Geschäftsliches: Franz Köpfer. Druck und Verlag der Dr. & Hans'ches Buchverlag. G. m. & H. Direktor: Franz Köpfer.

Kaufmannsgericht Mannheim.

Ueber die rechtliche Natur des Ausschüßengagements im kaufmännischen Dienstvertrag...

eine probeweise Einstellung bewirkt, weil auf die Einstellung zur Probe der Paragraf 69 keine Anwendung findet...

Abgabe sind ihm an seinem Gehalte trotz der Fortsetzungsfindung nicht gemacht worden...

Aus dem Grossherzogtum.

Der Herrg. 24. Febr. Eine nach Tauberbischofsheim für letzten Sonntag eintreffende Zusammenkunft...

Mitteld Deutsche Creditbank.

Einladung zur 53. ordentlichen Generalversammlung. Die Aktionäre unserer Bank werden hierdurch zu der am Dienstag, den 24. März 1908, vormittags 10 Uhr...

- Gegenstände der Verhandlung sind: 1. Vorlage des Berichtes des Vorstands für 1907 mit den Bemerkungen des Aufsichtsrats; 2. Vorlage und Genehmigung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung...

Frankfurt a. M., den 26. Februar 1908. Der Aufsichtsrat der Mitteld Deutschen Creditbank.

Fr. Hoffstaetter. Louisenring 61 Telefon 561. Louisenring 61. Ruhrkohlen, Rubrikoks, Gaskoks, Antracit-Eisform, Stein- und Braunkohlen-Briketts, Tarnen- und Buchenholz...

Rosengarten Mannheim — Waschenbad. Die Karten zu den Rosenbädern für den zweiten hiesigen Waschenbad können am Samstag, den 29. ds. Mts., in den Stunden von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 3 Uhr...

Zahn-Atelier Ph. Meinhardt. Schwetzingerstr. 13. Sprechstunden: 9-12 und 1-7 Uhr. Sonntags von 10-12 Uhr.

Höhere Handelsschule. (Städt. u. unter Staatsaufsicht stehend.) Beginn des Sommersemesters: 27. April 1908. I. Jahresklassen für Knaben u. Mädchen von 12-15 Jahren...

Schreiner-, Glaser-, sowie Spenglermeister. Einem tüchtigem Schreiner-, Glaser-, sowie Spenglermeister ist Gelegenheit geboten, sich durch Kauf eines Hauses eine dauernde, gute Existenz zu sichern.

Damen-Frisier-Salon Martha Grünwald. S 2, 12 Kopfwaschen 80 Pfg. S 2, 12

Wilh. Dönig * P 7, 15. Heidelbergstr. Billigste Preise. Möbel-Geschäft + Braut-Ausstattungen in allen Preislagen Franko-Lieferung. Einfache, solide Möbel in grosser Auswahl zu bill. Preisen.

Behauptung. Wir suchen für die Führung unserer Registratur, eventuell für Vervollständigung von Sekretariatsgeschäften eine geeignete Kraft zum sofortigen Eintritt.

Entlaufen. Glatthaar, Pfeffer u. Salz Schwaner entlaufen. K 100 0 3, 10, vom 18992

Vermischtes. In veredelten 1 Logenplatz im 2. Rang, 1. Reihe, 18993

Weihnäherin. In bester Ausbildung. 18799

Geldverkehr. Unter voller Bürgschaft begeben. 18799

Masken. Ein elegante schwarze Masken. 18799

Verkauf. Modernes Wohnhaus am Friedrichsplatz, mit 3 Zimmern, 2 Bädern, 2 Kellern...

Verkauf. Diverse Sig- und Stehpulte. 18799

Verkauf. Möbel, Zimmer. 18799

Verkauf. Holz, 3 1 Tr. (Zufließen) 18799

Verkauf. 18799

Stellen finden. Hohen Verdienst. 18799

Lehrlingsgesuche. 18799

Lehrling. 18799

Mietgesuche. 18799

Zaden mit Wohnung. 18799

Bureaux. C 4, 10. 18799

Läden. Großer, moderner Laden. 18799

Zu vermieten. S 6, 28 helle lustige 3 Zimmer-Wohnung. 18799

Bekhaus Bachstr. und Seckenheimerstrasse. 18799

Zu vermieten. 18799

Bauarbeiten-Vergabung. Die nachstehend verzeichneten Bauarbeiten zum Neubau der evangel. Kirche in Seckenheimerstrasse...

Table with 2 columns: Work type (e.g., Steinbauarbeiten, Granitarbeiten) and Price (e.g., 50000, 14145).

Bierversand B. Ansmann Nachf. (Inhaber: G. Billing.) Seckenheimerstr. 80. Tel. 2992.

Allein-Vertrieb von Münchner Kindl-Edelbräu. Culmbacher Pilsbräu. Pilsener Urquell. Durlacher Hofbräu.

Todes-Anzeige. Freunden, Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, dass heute früh 5 1/2 Uhr unsere liebe Tochter...

Susanna Wunsch. Im Alter von 24 Jahren nach langem Leiden, wohl versehen mit den hl. Sterbesakramenten sanft entschlafen ist.

Todes-Anzeige. Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, dass meine innigstgeliebte, unvergessliche Gattin...

Amalie Albrecht geb. Weber. Am plötzlich und unerwartet im Alter von 85 1/2 Jahren durch den Tod entrissen wurde.

Todes-Anzeige. Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, dass meine innigstgeliebte, unvergessliche Gattin...

